INSTITUT FÜR DEUTSCHE SPRACHE

IDS

SPRACH REPORT

P 20157 F

2/89

Informationen und Meinungen zur deutschen Sprache

Das Volk UND DIE AUSLÄNDER

Wer ist das Volk?

Ist's das, was sitzt im Hofbräuhaus
und leert die großen Krüge aus?
Was Walzer tanzt im Karneval
und Urlaub macht im Walsertal?
Ist's das, was samstags Rasen mäht,
und todesstrafen gerne tät',
was herrschen tät', wenns richtig wär',
und ist es eigentlich populär?

Nein, nein, nein,
das kann das Volk nicht sein!
Doch wenn's das nicht sein kann,
was ist das Volk denn dann?

Mit diesen Zeilen beginnt ein Gedicht des schwäbischen Sängers Christof Stählin, das 1981 in seinem Band »Findelkinder« veröffentlicht wurde. Von *Ausländern* ist dort noch nicht die Rede. Das Wort *Asylant* war gerade erst aus der Taufe gehoben; *Aussiedler* spielten kaum eine Rolle. Nur Außenseiter sprachen von *Überfremdung* und davon, daß Deutschland kein *Einwanderungsland* sei; nicht jeder wußte, daß das deutsche Volk vom Aussterben bedroht ist. Wer denn nun das Volk war, blieb freilich vage und unbestimmt und schien auch nicht sonderlich wichtig. Es war mit der Gründung der Bundesrepublik in einen Dornröschenschlaf versunken.

Doch Anfang 1989 erhielt das Wort *Volk* wieder einmal politische Brisanz. Mehrere Ursachen kamen zusammen:

- die *Glaubwürdigkeitskrise:* das Volk verlor Vertrauen in die, die in seinem Namen die Macht ausübten;
- die Furcht vor einer *Asylantenspringflut:* Ausländer wurden zunehmend als Bedrohung empfunden;
- der plötzliche *Zustrom von Aussiedlern* warf die Frage nach der Identität des deutschen Volkes auf;
- die angestrebte rechtliche Gleichstellung aller EG-Bürger stellte den alten Volksbegriff infrage.

Angesichts der Erfolge rechtsradikaler Parteien, die sich in erster Linie ausländerfeindlichen Parolen verdankten, stellten die klassischen konservativen Kräfte den Volksbegriff verstärkt in den Dienst ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Der Wähler wurde in erster Linie als Deutscher angesprochen. Nur vom deutschen Volk gehe die Staatsgewalt aus; Ausländer seien nur Objekte, nicht aber Träger dieser Staatsgewalt. Als aktuelles Thema bot sich die öffentliche Diskussion über das sogenannte *Ausländerwahlrecht* an.

Die Rede vom Volk

Das Wort *Volk* hat eine lange Geschichte und spiegelt wie kaum ein anderes den Wandel im gesellschaftlichen Bewußtsein der letzten dreihundert Jahre wieder. Es bezeichnet einmal die weitgehend rechtlose Masse, den Vierten Stand im Absolutismus, die Unterschicht, wie heute noch in den Wendungen »ein Mann aus dem Volk«, »gemeines Volk«, »Volksverdummung«. *Volk* im negativen Sinn ist hier soviel wie *Pöbel, Mob* und *Proletariat* (»das Volk rottete sich zusammen«); im positiven Sinn entdeckt man es in *Volkslied* und *Volkskunst.*

Volk bedeutet ferner als Legat der Aufklärung und der französischen Revolution die Bevölkerung eines Landes, die Gesamtheit der Bürger, die Träger der Staatsgewalt in einer Demokratie. Die Forderung nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit schwingt hier mit. Es war zunächst ein Kampfwort, das sich gegen die Herrschenden richtet.

Schließlich meint man mit *Volk* die durch gemeinsame Sprache, Kultur und Abstammung verbundene ethnische Gemeinschaft von Menschen. Dieser Volksbegriff erhielt seine noch immer wirksame Virulenz im Zeitalter des Nationalismus; er stiftet Identität durch Abgrenzung von den Ausländern. Als politisches Kampfwort ist er allem Anschein nach dem demokratischen Volksbegriff in der derzeitigen öffentlichen Auseinandersetzung überlegen.

Wenn heute vom Volk die Rede ist, sind meist alle drei Bedeutungen gleichzeitig beteiligt. Sie sind zu nah miteinander verwandt, als daß sie sich so eindeutig wie bei *Schloß* (»Bauwerk« und »Schließgerät«) voneinander trennen ließen. Durch das immer mögliche Spiel mit den Bedeutungen bietet sich *Volk* für sprachliche Manipulation an. Dies zeigt sich in der Diskussion über das Ausländerwahlrecht.

Ausländer: Gäste oder Inländer

Kaum einer nahm Notiz davon, als der Bundestag am 18. 1. 1989 gegen Stimmen aus den Fraktionen der Grünen, aber mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP die Empfehlung beschloß: »Das allgemeine Wahlrecht auf allen Ebenen für Bürgerinnen und Bür-

ger der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft in allen Mitgliedsstaaten, in denen sie ihren Wohnsitz haben, sollte so schnell wie möglich eingeführt werden.«

Als wenig später in einigen Landesparlamenten diese Empfehlung auf kommunaler Ebene umgesetzt werden sollte, hatten die Berliner Wahlen die Lage verändert. Viele, die sich als Volk von den Regierenden nicht mehr ernst genommen sahen, gaben einer Partei die Stimme, die versprochen hatte, das deutsche Volk gegenüber den Ausländern zu bevorzugen. Da entdeckten nun auch in den »Altparteien« manche Politiker wieder den *deutschen* Bürger als den wahren Souverän. Ausländer dagegen, so hieß es, seien Gäste und hätten folglich über die Inneneinrichtung der Gastgeber nicht mitzubefinden. Die Gästemetapher, die auch von rechtsradikalen Parteien gerne verwendet wird, scheint wegen ihrer wohlwollenden Oberfläche unangreifbar, verbirgt darunter aber einen giftigen Stachel, der sehr wohl mitverstanden wird, und hat eine einschlägige Geschichte. Im Grundsatzprogramm der NSDAP bereitet er die Entrechtung der jüdischen Bevölkerung vor: »Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können« (Frankfurter Rundschau, 11. 5. 1989).

Auch Herbert Kremp, Chefkorrespondent beim Springer-Verlag, will Ausländer nicht wählen lassen: »Das Wahlrecht setzt ein Engagement für den Staat voraus. Wer in ihm mitbestimmen will, muß die Bürgerpflichten mit den anderen teilen. Wir brauchen keine halben Sachen. Wir brauchen ganze Deutsche.« Von dem Angebot, Deutsche zu werden, machten die Ausländer indessen kaum Gebrauch. »Würde es sie nicht stolz machen, Deutscher zu sein?« (Bild-Zeitung, 2. 2. 1989). Herbert Kremp wohnt übrigens in Antwerpen.

In der Hessenwahl hatte die CDU die Bundestagsempfehlung längst vergessen. In einer Anzeige fordert sie am 8. 3. 1989: »Kein Wahlrecht für Ausländer« und begründet dies mit dem erforderlichen »Gleichgewicht von Rechten und Pflichten wie z. B. Wehr- und Zivildienst«. Also auch kein Frauenstimmrecht?

Übersehen wird in dieser Argumentation, daß die Ausländer, um die es beim Kommunalwahlrecht geht, hier seit Jahren ihren ständigen Wohnsitz haben. Es sind, wie der Rechtswissenschaftler Helmut Rittstieg bei der Anhörung im Hessischen Landtag am 16. 2. 1989 sagte, konsequenterweise *Inländer*. »Es geht um das kommunale Wahlrecht für Inländer, die in dieses Land vor vielen, vielen Jahren eingewandert sind, die das Daueraufenthaltsrecht für dieses Land haben und möglicherweise dieses Land (...) für ihren Ruhestand wieder verlassen werden. Das tun auch einige Deutsche.«

Kein Wahlrecht für Ausländer in Hessen!

Das darf doch nicht wahr sein:

SPD und Grüne wollen jetzt unsere Rathäuser auch denen öffnen, die keine deutschen Staatsbürger sind. SPD und Grüne wollen das Ausländerwahlrecht in Hessen einführen.
Das verstößt nicht nur gegen unsere Verfassung, sondern auch gegen jede politische Vernunft.

Mit der CDU gibt's kein Ausländerwahlrecht!

Das Recht zu wählen ist ausdrücklich deutschen Staatsangehörigen vorbehalten. Denn sie übernehmen auch Pflichten wie z. B. Wehr- und Zivildienst. Dieses Gleichgewicht von Rechten und Pflichten darf nicht durch einseitige Vergabe von Rechten ins Wanken gebracht werden.

Die selben Leute, die Ausländerfeindlichkeit beklagen, verstärken sie durch ihre Forderung nach Einführung des Ausländerwahlrechts!

Wir wollen auch nicht, daß ausländische Links- und Rechtsextremisten ihre Fehden vor unseren Wahllokalen austragen.

Jede Stimme für die SPD ist eine Stimme für das Ausländerwahlrecht.

Jede Stimme für die CDU ist eine Stimme gegen das Ausländerwahlrecht.

Schaffen Sie am 12. März klare Verhältnisse.

HESSEN ZUKUNFT CDU

Demokratie ja, Herrschaft des Volkes nein

»Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus«, heißt es im Grundgesetz. Bis heute sind sich die Verfassungsrechtler nicht darüber einig, ob dieser Volksbegriff eher demokratisch und territorial im Sinne der Gleichheit aller Bewohner eines Landes oder eher national mit Betonung auf ethnischer Abstammung zu interpretieren ist. Die oben angeführte Wiesbadener Anhörung ist ein beredtes Beispiel dafür. Eckhard Fuhr überbrückt am 11. 2. 1989 in der konservativen FAZ diesen Gegensatz durch Berufung auf ein Volk, das sich durch gemeinsame Rechte und Pflichten der Staatsangehörigkeit konstituiert. Ausländer, mögen sie auch zur Wohnbevölkerung gehören, bleiben damit von der Volkssouveränität ausgeschlossen:

Der Souverän ist nicht die zufällige Wohnbevölkerung eines Landes, sondern ein durch staatsbürgerliche Rechte und Pflichten definiertes »Volk«, das nach dem modernen Begriff der Demokratie die einzige Quelle legitimer Herrschaft ist. Das ist ein strenges, stolzes und, in diesem Sinne, auch »intolerantes« Prinzip. Es hat nichts zu tun mit Interessenvertretung, Mitsprache oder Repräsentation. Schon gar nicht ist es ein sozialtherapeutisches Instrument der Integration. Wenn Grüne und Sozialdemokraten argumentieren, alle »Betroffenen« müßten auch das Recht haben, »mitzudenken«, fallen sie, genau besehen, in eine vordemokratische Gedankenwelt zurück. Paradoxerweise nennt man das heute »Demokratisierung«. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, einer aus eigenem Recht bestehenden »Obrigkeit« müsse eine möglichst starke Vertretung der »Untertanen« entgegengesetzt werden – es ist der alte Gedanke des Konstitutionalismus. In einer demokratischen Republik gibt es dafür Raum in mancherlei Form: Schülermitverwaltungen etwa, Betriebsräte oder Studentenparlamente. Auf die Staatsverfassung bezogen, sind solche Gedanken reaktionär.

Das Volk ist also der Souverän, gewiß ein stolzer Titel. Seinen Inhalt findet er anscheinend allein im Wahlrecht; »Interessenvertretung, Mitsprache oder Repräsentation« und das Recht »mitzuentscheiden« ist »vordemokratisch«, oder, bezogen auf die Staatsverfassung, »reaktionär«, ebenso wohl der, der solches fordert. Doch hier verbiegt Fuhr manipulativ die Forderung von SPD und Grünen. Ihnen geht es gerade nicht darum, Ausländer wie bisher schon durch besondere Beiräte auf ein marginales Mitspracherecht zu beschränken, sondern darum, sie mit gleichen Rechten an der gemeinsamen Entscheidung

des Volkes mitwirken zu lassen, so wie jeder einzelne Bürger immer nur gemeinsam mit den anderen entscheidet.

Mit dem »stolzen und intoleranten Prinzip« der Volkssouveränität evoziert Eckhard Fuhr verbal ein Demokratiekonzept, wie es uns aus der Zeit der französischen Revolution geläufig ist. Doch die Demokratie, die Herrschaft des Volkes, wurde damals nicht gegen Rechtsanmaßungen von Ausländern, sondern gegen die privilegierten Stände durchgesetzt. Man forderte nicht Pflichten von jenen, die Rechte in Anspruch nehmen wollten, sondern die, auf denen die Pflichten lasteten, erkämpften sich die vollen Bürgerrechte. So beschloß der Magistrat der französisch okkupierten Stadt Köln am 12. Brumaire des 6. Jahres (2. 11. 1797):

In getreuer Beachtung der unumstößlichen Grundsätze des gesellschaftlichen Vertrages, nach welchem jedes Glied der Gesellschaft, so bald es die Pflichten gegen dieselbe, ohne alle Ausnahme erfüllet, nothwendigerweise alle Rechte, die Ihm diese dafür zusichert, bestenfalls ohne einige Ausnahme zu geniessen hat, und folglich Bürgerpflichten von Bürgerrechten unzertrennbar sind. (...) beschließt der Magistrat:

Art. I
Daß von nun an jeder Unterschied, der den Eingesessenen vom Bürger trennte, aufgehoben ist; daß

Art. II
Jeder hiesige Einwohner, sobald er die Pflichten des Bürgers erfüllt, auch alle Rechte desselben zu geniesen hat. (...)

Wenn Eckhard Fuhr Volkssouveränität auf das Wahlrecht reduziert und damit alle übrigen Mitwirkungsformen, beispielsweise konsultative Volksabstimmungen, Bürgerbegehren und Verbandsklagen als vordemokratisch oder reaktionär diskriminiert, reduziert er sie zu einer Leerformel, die unter dem Deckmantel von Demokratie vom Bürger ein Verhalten verlangt, wie es im preußischen Obrigkeitsstaat üblich war. So heißt es im Band 21 des Staats- und Gesellschaftslexikons von 1866 (Berlin: Heinicke) zum Stichwort *Volkssouveränität:*

Will man und muß man auch annehmen, daß der Gehorsam im Staate immer aus dem Willen der Unterthanen hervorgeht und ist daher unbestreitbar, daß im Rechtsstaate die höchste Gewalt im Volkswillen seinen Ursprung hat, dieser selbst demnach die höchste Gewalt besitzt, also souverän ist, so genügt doch diese Naturgewalt nicht, es muß ein Umstand hinzukommen, der ihre Dauer garantiert, ein Recht, dem sich diese Tatsache unterwerfen muß, ein Recht, welches fortdauert, wenn die Gewalt der Tatsache nachläßt. Dieses Recht, welches dem Verhältnisse erst das Fundament der Dauer giebt, welches den früher bloß thatsächlichen Zustand in ein Verhältniß gegenseitiger Rechte und Pflichten, in ein Bestehendes und Dauerndes, umändert, besteht dann darin, daß der höchsten Gewalt auch das Recht der alleinigen Ausübung, die Macht, übertragen wird. (...) Es ist daher eine Pflicht des Volkes, sich der von ihm eingesetzten höchsten Gewalt zu unterwerfen. (...) Selbst die Regierungen der modernen Rechtsstaaten, welche die Quelle der höchsten Gewalt in der Souveränität des Volkes anerkennen und aus ihr ableiten, können dem Begriff der Volkssouveränität keine weiteren Grenzen geben. (...) Auch bei der reinen Demokratie (...) hat der Begriff der Volkssouveränität sich diesen Schranken anzuschließen.

Vorstellungen wie diese prägen noch heute in nicht geringem Maße das öffentliche Bewußtsein. Man verdient sich sein Wahlrecht durch Bejahung der Bürgerpflichten. Hat das Volk erst einmal gewählt, ist den Anordnungen der Exekutive Folge zu leisten. Weitergehendes Engagement, etwa in Demonstrationen, gilt vielen als verdächtiges Aufbegehren. *Demokratische Reife* äußert sich in einer Vorliebe für stabile Verhältnisse. Bei Ausländern indessen ist zu befürchten, daß sie von ihren Rechten, vor allem vom Wahlrecht, unziemlichen Gebrauch machen. Sie könnten »glauben, daß sie hier eine günstige Plattform haben, um politische Konfrontationen austragen zu können. Und das exakt ist etwas, das wir nicht wollen«, sagte Hartmut Perschau am 1. 2. 1989 in der Hamburger Bürgerschaft. Gute Deutsche, könnte man folgern, tun dergleichen nicht. Der Souverän hat sich aus den parteipolitischen Kämpfen herauszuhalten.

Die da oben und die da unten

Die Befürworter des Ausländerwahlrechts legen einen Volksbegriff zugrunde, der sich am Territorialprinzip, wie es in der angelsächsischen Welt praktiziert wird, orientiert. Grundsätzlich bildet dort die Gesamtheit der Einwohner das Wahlvolk. Wer im Lande geboren ist, erwirbt die Staatsangehörigkeit automatisch; Einwanderer erhalten sie vergleichsweise komplikationslos nach mehrjährigem Aufenthalt, wobei eine zweite Staatsangehörigkeit fortbestehen kann. Neuseeländer britischer Abstammung verlieren hingegen ihr Recht auf Rückwanderung nach Großbritannien bereits in der zweiten Generation.

Gegner des Ausländerwahlrechts definieren das Volk zuvörderst auf der Grundlage der Abstammung. Wer aus dem Ausland kommt, deutscher Herkunft ist, sich zum Deutschtum bekennt und sich deswegen Nachteilen ausgesetzt sah, hat prinzipiell Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit. Wer sich dagegen als Ausländer einbürgern lassen will, muß aus Überzeugung Deutscher werden wollen. Die heute rapide um sich greifende Ausländerfeindlichkeit speist sich aus einem Volksverständnis, dessen Ideal ethnischer Identität sich in den meisten Ländern als realitätsfremd erwiesen hat. Kaum ein Staatsvolk, vielleicht mit Ausnahme der Isländer, ist noch homogen.

Bei genauerem Hinsehen entlarvt denn auch der heute so vernehmliche Appell an nationale Instinkte eine Oberschichtgesinnung, die unter Volk zumeist das »gemeinsame Volk« versteht. Angst vor Überfremdung und Neid auf scheinbar von Pflichten befreites Ausländerdasein werden beschworen, um die Massen zu mobilisieren. Die eigene Kaste fühlt sich indessen über solche kleinbürgerlichen Vorurteile erhaben.

Abstammungs-, Geistes-, Funktions-, Sport- und Geldeliten waren immer und sind noch heute international, so konservativ sie sonst gesinnt sind. Habsburger Hochadel vertritt Bayern in Europa; Golo Mann sieht sich nicht als Deutscher, sondern als Europäer deutscher Sprache; Herbert Kremp fühlt sich in Antwerpen wohler als in Bonn; Topmanager multinationaler Konzerne sind in der ganzen Welt zuhause, flogen gestern Gastarbeiter ein und verlagern heute die Produktion ins Ausland; Tennisspieler ziehen nach Monte Carlo um und Skifahrer werden Luxemburger; Thyssens, Hortens und Flicks sind überall gern gesehen. Dort, wo sie wohnen, um ihr Wahlrecht zu kämpfen, ist ihre Sache nicht. Einfluß auf politischer und gesellschaftlicher Ebene üben sie gleichwohl direkter, eher »vordemokratisch« im Sinne Eckhard Fuhrs, aus.

Bei denen da unten schätzen die da oben eine solche Internationalität nicht. Rosa Luxemburg, die sich privat stets zu ihrer polnischen Nationalität bekannte, für die politisch aber nur der revolutionäre, gegen die Herrschenden gerichtete Volksbegriff wichtig war, hätte heute wohl kaum eine Chance, Bundestagsabgeordnete zu werden.

Christof Stählins Gedicht schließt mit den Zeilen:

I dacht', jetzt schreib' ich ein Gedicht,
das heißt: »Das Volk, das gibt es nicht!«
Da hörte ich in meiner Still'
millionenstimmiges Gebrüll.
Ich schob den Kopf aus meinem Loch,
da stand das Volk und brüllte:
»DOCH!«

Wolfgang Teubert

WEM DIE SPRACHE GEHÖRT

Nicht dem Institut für deutsche Sprache, dem Duden oder dem Staat gehöre die Sprache, sie gehöre vielmehr dem Volk, warnt – laut FAZ vom 8. 3. 1989 – Hessens Ministerpräsident Wallmann und kann sich breiter Zustimmung gewiß sein. Erwirkt wurde die Abmahnung durch die Empfehlungen zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung, die von der Rechtschreibkommission am Institut für deutsche Sprache im Auftrag des Innenministeriums und der Kultusministerkonferenz erarbeitet wurden.

Ein Ministerpräsident, der in staatsmännischer Verantwortung die Rechte des Volkes gegen staatliche, bürokratische Willkür in Erinnerung bringt, wer möchte, wer könnte da widersprechen. Doch, was auf den ersten Blick als Selbstverständlichkeit erscheinen mag, weist bei genauerer Betrachtung bedenkenswerte Ungereimtheiten auf und muß am Ende entschieden zurückgewiesen werden:

Wenn die Sprache dem Volk gehört, wieso sind dann jene zu rügen, die in legitimer Sorge als Angehörige dieses Volkes Vorschläge ausarbeiten, wie man die schriftliche Form ihrer Sprache vereinfachen könnte? Nehmen sie kein Recht wahr, das ihnen wie jedem Teilhaber an der gemeinsamen Sprache zusteht? Worin besteht denn der Besitz eines Volkes an seiner Sprache, wenn nicht darin, sich frei zu ihren Konventionen äußern zu können, insbesondere, wenn es sich um Konventionen handelt, die selbst nicht aus einer Tradition des sprachlichen Handelns hervorgegangen, sondern das Werk einiger weniger sind? Erst der Versuch, diese Konvention abzuändern, ohne die Änderung in der Gemeinschaft auszuhandeln, stellt Anmaßung dar. Zu solcher Anmaßung hat sich die Kommission zu keiner Zeit verstiegen.

Wenn die Sprache dem Volk gehört, gehört sie damit nicht auch dem Staat? Was ist der Staat anderes als das rechtlich und politisch verfaßte Volk. Wer in einer demokratischen Gesellschaft Interessengegensätze zwischen Staat und Volk konstatiert, offenbart damit ein Staatsverständnis, das bedenklich stimmen sollte.

Wenn die Sprache dem Volk gehört..., aber gehört sie dem Volk? Eine Sprache wird von Menschen zum Zwecke gegenseitiger Verständigung gebraucht. Mit Blick darauf bilden diese Menschen eine Zweckgemeinschaft, die jedem offensteht, der sich ihr verpflichtet oder auch nur verbunden fühlt. Manchmal, aber gerade nicht im Fall der großen Verkehrssprachen, zu denen das Deutsche gehört, ist die Zweckgemeinschaft der Sprachbenutzer in etwa identisch mit einem Volk. Aber sofern man nicht soweit gehen will, ein Volk über eine gemeinsame Sprache zu definieren, gibt es keinen Grund, die Gemeinschaft der Sprachteilhaber mit einem Volk zu identifizieren.

Gehört die Sprache also jenen, die sie nutzen? Man könnte dem zustimmen, ohne in fremde Rechte einzugreifen. Doch, was könnte das noch heißen? Eine Sprachgemeinschaft ist eine offene Gemeinschaft und hat als solche eine Sprache zwar zu ihrer Verfügung, aber keineswegs einen Rechtsanspruch darauf, denn weder gibt es eine Instanz, die einen solchen Anspruch zu vergeben hätte, noch eine Instanz, die ihn in der Art eines Patents akzeptieren könnte.

Wie wenig angemessen die Rede vom Besitz an einer Sprache ist, zeigt sehr gut die Frage, wem denn die lateinische Sprache gehöre: dem italienischen Volk als Rechtsnachfolger oder gar dem Vatikan? Gewachsene oder, wie man auch sagt, natürliche Sprachen wie das Lateinische, das Englische, das Deutsche kann man kennen, mehr oder weniger gut beherrschen, besitzen kann man allenfalls Kunstsprachen, wie sie zur Programmierung von elektronischen Rechnern gebraucht werden. Auch wenn sie – so Wallmann – Gefühlswert besitzt und starke emotionale Bindung herstellt, selbst als Muttersprache gehört uns unsere Sprache nicht, und ihr Erwerb führt niemand zu Besitz.

Bruno Strecker

Übrigens ...

Wer schon immer mal wissen wollte, wieviele Menschen welche Sprache in der Bundesrepublik Deutschland sprechen, aber nicht genau wußte, wo er/sie diese Daten eruieren könnte, wird jetzt fündig: In einem kürzlich erschienenen Werk, *Statistical Report of the Languages of the World as of 1985, Part III: List of the Languages of the World Arranged According to Continents and Countries, compiled by Gyula Décsy, Bloomington, IN, 1988 ›Eurolingua‹*, werden alle bei uns gegenwärtig gesprochenen Idiome aufgezählt. Man erfährt, daß von 61387000 Einwohnern 61 Mio. Deutsch sprechen; hinzu kommen 3 Mio. Englischsprecher – als »L2-Sprecher« (!) –, 1,6 Mio. Türkischsprecher *(»blue collar immigrants«)*, 200000 Italienisch-, 120000 Serbokroatischsprecher (jeweils normale *»migrant workers«)* und eine Reihe von weiteren Minderheiten: 100000 Polen, 70000 Ukrainer, 50000 Dänen in Südschleswig, 50000 Romas, 40000 Ungarn, 10000 Friesen und ... 500 Adyge-Tscherkessen in München!

Wir wollen die Zahlen nicht anzweifeln – selbst wenn sie einigen Ausländerstatistiken widersprechen sollten –, sondern uns vielmehr darüber freuen, daß wir neue Argumente bekommen, republikanischen Überfremdungsängsten die Stirn zu bieten: Offenbar sind nicht nur viele Italiener, Serben und/oder Kroaten, sondern auch alle Portugiesen, Spanier, Kurden, Slovenen, Makedonen, Griechen und andere Arbeitsimmigranten soweit »integriert«, daß sie ihre Sprache aufgegeben haben. Damit nicht genug: Es wird fortan auch nicht mehr möglich sein, Arbeitsimmigranten, Asylsuchende und Aussiedler gegeneinander auszuspielen, da auch Tamilen, Ewe, Ga oder Twi sprechende Ghanesen, Perser und Zuwanderer aus osteuropäischen Staaten uns sprachlich nicht allzu fern zu stehen scheinen. Die Frage bleibt: Warum bloß sind die Tscherkessen nicht assimilierbar, und das ausgerechnet in München?

Joachim Born

Joachim Born ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Katholischen Universität Eichstätt.

IMPRESSUM

Herausgeber: Institut für deutsche Sprache, Postfach 101621, 6800 Mannheim, Tel.: 0621/4401-0
Redaktion: Bernd Ulrich Biere, Ulrike Haß, Bruno Strecker, Wolfgang Teubert
Druck: Druckhaus Beltz, Hemsbach/Bergstraße – ISSN 0178-664X
Auflage: 2500
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Jahresabonnement: DM 12,–; Einzelheft: DM 4,–. Bezugsadresse: Institut für deutsche Sprache, Friedrich-Karl-Straße 12, Postfach 101621, 6800 Mannheim 1

MEDIATION

Mode, Magie oder alternative Methode in der Streitkultur?

Am deutschen Sprachhimmel ist mit *Mediation* geradezu kometenhaft ein neues Wort aufgegangen und entwikkelt dort sogleich eine hohe Umlaufgeschwindigkeit.[1] Ob es nun auch gleich zum »Wort des Jahres« durchstarten wird, ist zwar noch ungewiß. Wahrscheinlich wird es sich aber auf Dauer im deutschen Wortschatz festsetzen.

Offenbar gibt es immer wieder Erscheinungen, Sachverhalte oder Verfahren, die außerhalb des deutschen Sprachraumes aufkommen und deren jeweilige landessprachliche Bezeichnungen ins Deutsche übernommen werden, wie z.B. in jüngster Zeit »Glasnost« und »Perestroika«.

Die Übernahme solcher »Fremdwörter« ins Deutsche kann ganz unterschiedlich motiviert sein: Mal werden sie gleichsam als »Markenzeichen« übernommen, obwohl es im Deutschen ein gleichwertiges Wort gäbe, mal erscheint die deutsche Bezeichnung aus irgendwelchen anderen Gründen nicht zweckmäßig, manchmal aber auch läßt sich im Deutschen allenfalls eine schwerfällige Umschreibung, nicht aber eine treffende Übersetzung finden.

Zur letzten Gruppe gehören Wörter wie *Leasing* (lt. Duden »Vermietung von [Investitions]gütern [mit Anrechnung der Mietzahlungen beim späteren Kauf]«) oder *Recycling* (»Wiederverwendung bereits benutzter Rohstoffe«)[2] und eben auch *Mediation.* Dieses findet sich nur scheinbar bereits im Duden, und zwar in seiner ursprünglichen Form als Übernahme aus dem Lateinischen mit dem Aussprachehinweis [...zion] und der Bedeutungsangabe »Vermittlung eines Staates in einem Streit«. Es ist diesem Wort jedoch in der Tat nicht anzusehen, daß es aktuell neugewandet daherkommt, nämlich in englischer Aussprache [midiᵉischᵉn], und daß gleichzeitig seine Bedeutung sich geändert hat. Es bezieht sich nunmehr auf jede Art von Konfliktsachverhalt, vom privaten über den öffentlichen bis hin zum internationalen, und darauf, daß jeweils ein Dritter an der Bearbeitung oder Lösung eines Konflikts beteiligt wird.

Mediation ist ein besonderes Konfliktlösungsverfahren, das in den USA schon seit einigen Jahren mit beachtlichem Erfolg praktiziert wird. Es ist ein konsensorientiertes Verfahren, das eine weitgehend autonome Konfliktbewältigung anstrebt, das auf Verständigung statt auf Konfrontation ausgerichtet ist und nach Verhandlungslösungen sucht, bei denen es weder Sieger noch Besiegte gibt, also auf einen Interessenausgleich, eine sog. »win-win-situation« abzielt.

Man mag sich fragen, ob das denn hierzulande wirklich so neu ist. Haben wir nicht auch im vor- und außergerichtlichen Bereich Einrichtungen und Verfahren, die der Konfliktbeilegung dienen? Gibt es nicht selbst in Gerichtsverfahren die Möglichkeit des Vergleichs? Wird nicht regelmäßig im Konflikt zwischen den Tarifparteien geschlichtet? Verfügen wir also nicht längst schon über die »Sache« und auch einen entsprechenden Begriff? Nun, Mediation ist offenbar mehr als nur Schlichtung. Nach Auskunft der Experten ist es ein Verfahren, das sowohl Verhandlungs-, als auch Vermittlungs- und Schlichtungsmerkmale aufweist. Demnach wäre *Mediation* nicht einfach nur ein neues Modewort.

Und wie steht es mit dem Verfahren selbst? Hier ist hervorzuheben, daß sich die Parteien meist freiwillig daran beteiligen, sei es um einen ernsthaften Konflikt zu vermeiden, sei es um aus einem Konflikt wieder herauszufinden. Neben Familien- und Nachbarschaftskonflikten werden in zunehmendem Maße öffentliche, insbesondere Umweltkonflikte durch Mediation bearbeitet. Mediation zielt auf dauerhafte Lösungen, die auf einem (neuen) Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien beruhen. Dies läßt sich nur erreichen, wenn sich die Parteien über ihre wechselseitige Problem- und Konfliktwahrnehmung verständigen, wenn sie gemeinsam über mögliche Konfliktregelungen oder -lösungen nachdenken und sich schließlich auf eine Lösung einigen. Dies wiederum setzt ein entsprechendes Kommunikationsverhalten bei den Parteien voraus, das dem Streiten eine neue Qualität verleiht. Solche »Kommunikationsregeln« sind für viele nicht selbstverständlich,[3] sondern müssen oft erst eigens verabredet und geradezu eingeübt werden.[4]

Steuern wir damit auch schon auf eine neue kommunikative Ethik zu, auf eine Verbesserung der »Streitkultur«? Vielleicht wenn solche alternativen sprachlichen und kommunikativen Regeln als Routinen ins Alltagshandeln übernommen würden und damit vermehrt kooperative statt einseitiger Handlungsformen gepflegt würden. Völlig unrealistisch wäre es jedoch zu erwarten, daß damit die gerichtliche Form der Konfliktlösung überflüssig würde. Mediation findet stets doch mehr oder weniger »im Schatten des Rechts« statt, und nicht immer führt es zu einem Interessenausgleich. Die gegenwärtige Hochschätzung von Mediation als neuem Verfahren im öffentlichen oder behördlichen Bereich ist wesentlich darin begründet, daß in vielen Fällen nur so (durch sog. »kooperatives Verwaltungshandeln«) bei den Betroffenen die Zustimmung für bestimmte Vorhaben erreicht werden kann.[5]

Wolfgang Klein

Anmerkungen

1 Dies wird u.a. dadurch belegt, daß allein im Monat April 1989 drei Fachtagungen zu diesem Gegenstandsbereich durchgeführt wurden:
- Konfliktbewältigung durch Verhandlungen. Neue Verfahren des Interessenausgleichs bei komplexen Verwaltungsentscheidungen in den Vereinigten Staaten von Amerika und in der Bundesrepublik Deutschland (Using Negotiation and Mediation in Resolving Environmental Disputes in the United States and the Federal Republic of Germany). Heidelberg, 5.–8. April 1989.
- Verwaltungshandeln durch Verträge und Absprachen. Speyer, 12.–14. April 1989.
- Um den Konsens streiten. Neue Verfahren der Konfliktbearbeitung durch Verhandlungen. Loccum, 21.–23. April 1989.

2 Vgl. auch: Gerhard Strauß/Ulrike Haß/Gisela Harras: Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch (= Schriften des Instituts für deutsche Sprache, Bd. 2). Berlin: de Gruyter 1989, S. 506ff.

3 Vgl. SPRACHREPORT 3/87: Schlichtungsgespräche unter die Lupe genommen.

4 Vgl. z.B. die Verfahrensvereinbarungen zu den Fachgesprächen »Mediation« über die Sonderabfalldeponie Münchhagen. 14.–16. Okt. 1987 und 30. Nov. bis 2. Dez. 1988 (in Kurzberichten der Akademie Loccum).

5 So Regierungspräsident Manfred Bulling in seinem Beitrag zum »kooperativen Verwaltungshandeln« in der Zeitschrift: Die öffentliche Verwaltung – April 1989 – Heft 7, S. 288.

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für deutsche Sprache.

Die ganze Welt

BI-Universallexikon A bis Z. Hrsg. von der Lexikonredaktion des VEB Bibliographisches Institut Leipzig. 1988, 846 Seiten und 16 Seiten Farbtafeln.

Nach Auskunft der Stichwörter *universal* und *Lexikon* soll dieses Buch ein *allgemeines, (die ganze Welt) umfassendes, alphabetisches Nachschlagewerk* sein, d.h. vor allem ein sachbezogenes Lexikon. Dennoch bietet es zu vielen Stichwörtern sprachbezogene Angaben: zur sprachlichen Herkunft, zu Genus und Numerus, zu Betonung, Aussprache und Schreibung. Es sind vor allem Lehnwörter (Fachausdrücke aus Wissenschaft und Technik) und Namen von Personen, Ländern, Städten, für die die Benutzer solche Erklärungen suchen. Was die leitenden Autorinnen des Universallexikons aber am meisten interessiert, sind die politisch-wirtschaftlichen Aspekte dieser Stichwörter: zu *Augsburg* und *Buenos Aires* je 10 Zeilen, zu *Auschwitz* 4 Zeilen Wissenswertes. *Tschernobyl* ist in der Gemeinsprache der Bundesrepublik und vielleicht auch in der DDR längst mehr als ein Ortsname, es wird als warnendes Signalwort, als Kennzeichnung eines bestimmten Bewußtseinswandels verwendet. Hier ist es die *Stadt in der Ukr. SSR, am Pripjat; 10000 Ew.; Kernkraftwerk (1986 Reaktorunfall).* Aber welches bundesrepublikanische Lexikon oder Wörterbuch erläuterte Namen so, wie sie tatsächlich von Sprechern verwendet werden?

Die Sach- und Bedeutungserläuterungen auch der deutsch gebildeten Stichwörter orientieren sich ausschließlich am gesellschaftlichen System der DDR. Deutlich wird dies nicht nur am Umfang der Artikel zu *UdSSR* (über 15 Spalten) und *Vereinigte Staaten von Amerika* (knapp 5 Spalten), nicht nur an der offen dargelegten und daher nicht manipulativ zu bewertenden Parteilichkeit, mit der z.B. *Faschismus, Parlamentarismus* und *Pluralismus* erläutert werden, sondern vor allem an dem Gewicht, das dem Wissen der Experten aus Naturwissenschaft, Technik und Recht beigemessen wird, so daß die Erläuterungen selbst oft schwerverständlich sind. Dies trifft auch auf linguistische Termini zu. Eine Erläuterung wie die von *Plusquamperfekt* als *Vorvergangenheit, z.B. er hatte mich gesehen* kann kaum befriedigend genannt werden.

Das Universallexikon ist nützlich für alle, die sich in Schule, Studium oder Beruf mit der DDR und in ihr entstandenen Texten beschäftigen.

Ulrike Haß

Eine neue Einweggrammatik

Knaurs deutsche Grammatik. Sprachsystem und Sprachgebrauch. Von Lutz Götze und Ernest W. B. Hess-Lüttich. München: Droemer Knaur 1989, 624 S., DM 29,80.

In diesen Zeiten haben Normen Konjunktur: Was in Fachkreisen als geradezu obsolet gilt, präsentiert *Knaurs deutsche Grammatik* auf dem Einband als Qualitätsmerkmal: »Entspricht den amtlichen Richtlinien und dem Schulgebrauch«. Dabei handelt es sich, zumindest was die amtlichen Richtlinien betrifft, um vorauseilenden Gehorsam, denn bis heute existieren für den Bereich der Grammatik solche Richtlinien nicht. Der Einband der Knaur'schen Grammatik ist auch noch in anderer Hinsicht bemerkenswert: Er ist dem Einband der DUDEN-Grammatik in einer Weise nachempfunden, die fast schon peinlich wirkt. Doch daraus sollte man ihr keinen Vorwurf machen. Sie reagiert damit nur auf die marktbeherrschende Stellung, die sich die DUDEN-Grammatik ohne jede sachliche Rechtfertigung angemaßt hat.

Die neue Grammatik führt den Untertitel: »Sprachsystem und Sprachgebrauch« und verweist damit vorsichtig auf den Umstand, daß sie eigentlich aus zwei kaum vermittelten Teilen besteht, die unter sachlichem Gesichtspunkt besser in zwei getrennten Büchern untergebracht wären. Vielleicht hat man sich von der Zusammenstellung versprochen, daß sich durch Anbindung an eine »Systemgrammatik« auch der zweite Teil besser verkaufen ließe, der sich, durchaus zu Recht, selbst als eher sachbuchartige Darstellung vorstellt. Ob sich solche Wünsche erfüllen, ob sich genügend Omas und Tanten finden, die ihren Konfirmanden Knaurs Grammatik auf den Weg geben wollen, darüber kann man nur spekulieren. Sicher ist, daß allenfalls Käufer in Frage kommen, die ohne eigene sachliche Kenntnisse blindlings der Grammatik als Bildungsgut vertrauen: Wer sich als denkender Leser die Mühe macht, anhand der Grammatik ein Problem zu lösen, das er im deutschen Ausdruck hat, wird sich verwirrter wiederfinden, als er war, und bestimmt kein zweites Mal zu diesem Opus greifen.

Wenn der zweite, sachbuchartige Teil dieser Grammatik Leser findet, die nicht ohnedies schon vom Fach sind, dann werden sie brauchbare Darstellungen darüber finden, was sprachliche Zeichen sind, was unter Meinen und Bedeuten zu verstehen ist, welche Akte des Sprechens es gibt, welche Gesprächs- und Texttypen und welche sprachliche Varianten und einiges mehr. Vor einer Lektüre des systemgrammatischen Teils kann man nur warnen. Schon die Betrachtungsweise – die diese Grammatik freilich mit zahllosen gängigen Grammatiken teilt – ist nicht geeignet, einem Benutzer mit ganz alltäglichen Formulierungsproblemen eine Hilfe zu bieten. Zwar führt die Grammatik lange Listen auf, in denen Flexionsformen, Genera, Steigerungsformen und dergleichen mehr dargeboten werden, aber zum einen sind diese Listen natürlich nicht vollständig und umfassen gerade nicht die selteneren Wörter, bei denen Wissenslücken wahrscheinlicher sind, zum anderen erschließen sich die Informationen ohnedies nur einem Leser, der eine gründliche Ausbildung vorzugsweise in lateinischer Grammatik hinter sich gebracht hat.

Hinzu kommt, daß selbst die seltene Spezies von Grammatikbenutzern, die an einer grundsätzlichen Aufklärung der grammatischen Verhältnisse in ihrer Sprache interessiert sind, mehr irregeführt denn informiert wird: Da wird *müssen arbeiten* als mehrgliedriges Verb geführt (S. 22), drückt das Perfekt »den Vollzug einer Handlung aus« aus (S. 86), werden Substantive wesentlich bestimmt als Ausdrücke, die man mit großen Anfangsbuchstaben schreibt (S. 110), drückt der Positiv »die gleiche Qualität wie ein anderes Vergleichbares aus« (S. 183). Da wird ein Nullartikel Ø eingeführt (S. 209), »steht der unbestimmte Artikel stets dann, wenn die Personen oder Dinge, die angesprochen werden, unbekannt sind« (S. 215), bestimmen Lokaladverbien »die Umstände des Ortes und der Richtung eines Sachverhalts näher« (S. 245). Und nicht nur eine Richtung hat der Sachverhalt: auch einen Zweck (S. 252). Daß Sprache als hilfreiches Wesen hypostasiert wird (S. 288) ist da nur noch am Rand erwähnenswert. Aussagesätze dienen »zur Äußerung eines realen oder behaupteten Sachverhalts« (S. 321), als ob Sachverhalte etwas wären, das sich äußern ließe. Aber vielleicht gelingt, wo Sachverhalte einen Anfang haben können (S. 353) auch dies. Kurz: Man kann auf soviel wirre Feststellungen nur mit einem »rhetorischen Fragesatz« (S. 324) reagieren: »War das nötig?«

Bruno Strecker

Tagungshinweis

4.–6. September 1989:
24. Linguistisches Kolloquium. Universität Bremen (ohne Rahmenthema). Info: Universität Bremen, Fachbereich 10, Postfach 330440, D-2800 Bremen 33

Otto Ludwig

»Vom Nutzen des Wassers«

Wie haben Schüler vor mehr als 150 Jahren geschrieben? Eine Fallstudie

Eine Frage beschäftigt Eltern wie Lehrer, professionelle Didaktiker und Politiker: Wie steht es mit den schriftlichen Leistungen unserer Schüler und Schülerinnen? Sind sie besser oder gar schlechter geworden? Macht sich nicht auch an den Schulen der Verfall der Sprache bemerkbar, den man allenthalben zu entdecken glaubt? Die Befürchtungen sind nicht neu. Sie sind zu allen Zeiten von besorgten Zeitgenossen geäußert worden. Wenn die Antworten jedoch mehr als nur Erfahrungsberichte sein wollen, sind exakte Untersuchungen vonnöten. Von einer solchen hat Horst Sitta auf der letzten Jahrestagung des Instituts für deutsche Sprache in Mannheim berichtet. Seine Ausführungen lassen interessante Ergebnisse erwarten.

Vor diesem Hintergrund scheint es mir sinnvoll, die Frage zu stellen, wie Schüler und Schülerinnen nicht nur vor fünf, zehn oder zwanzig Jahren, sondern auch wie sie vor fünfzig, hundert oder gar hundertfünfzig Jahren geschrieben haben. Diese sprachgeschichtliche Frage kann durchaus zur Erhellung unseres aktuellen Problems beitragen.

Man wird von einer solchen Untersuchung keine exakten Aufschlüsse erwarten können. Denn von den abertausenden von Aufsätzen, die damals geschrieben worden sind, hat sich nur eine Handvoll erhalten. Auch wäre ein Vergleich dieser Aufsätze mit denen, die heute geschrieben werden, nicht unproblematisch. Die Bedingungen, unter denen sie zustandekamen, waren andere: Man verfolgte andere Ziele, wandte andere Methoden an, und auch die äußeren Voraussetzungen waren bei weitem nicht so günstig: für das Fach Deutsch standen oft nicht mehr als zwei Stunden in der Woche zur Verfügung. Dennoch dürfte ein Blick in die Schulverhältnisse von damals, wie zufällig er auch zustandegekommen sein mag und wie wenig er auch eine Verallgemeinerung erlaubt, hilfreich sein, unsere eigenen Verhältnisse verstehen und angemessener einschätzen zu können.

Material

Meiner Untersuchung liegen 12 Aufsätze aus dem Jahre 1820 zugrunde. Die Aufsätze sind auf dem Boden der Superintendentur zu Burgdorf, einer Kleinstadt nordöstlich von Hannover, gefunden worden. Über die näheren Umstände ihrer Entstehung ist nichts bekannt.

Jeder Aufsatz ist datiert, und zwar zwischen dem 19. und dem 26. Juni. Die Streuung der Tage, an denen die Aufsätze angefertigt worden sind, schließt aus, daß wir es mit einer Klassenarbeit zu tun haben. Wahrscheinlich sind die Aufsätze zu Hause geschrieben worden, also regelrechte Hausarbeiten, damals nichts Ungewöhnliches.

Jeder Aufsatz ist unterschrieben, und unter jedem Aufsatz steht der Name eines Mädchens. Darum ist anzunehmen, daß es sich um Arbeiten aus einer Mädchenklasse handelt.

Zwei Themen sind bearbeitet worden. »Vom Nutzen des Wassers« ist das Thema von acht Aufsätzen, »Ein goldner Zaum macht ein schlechtes Pferd nicht besser« das Thema von vier Aufsätzen. Vermutlich haben die Mädchen zwischen den beiden Themen wählen können. Ich werde mich im folgenden auf die Aufsätze beschränken, in denen der Nutzen des Wassers bearbeitet worden ist, da dieses Thema auch in der didaktischen und methodischen Literatur des 19. Jahrhunderts Beachtung gefunden hat und so Beziehungen zwischen den Aufsätzen und der didaktischen und methodischen Diskussion der Zeit hergestellt werden können.

Schon bei einer ersten, flüchtigen Durchsicht der Aufsätze treten überaus große Unterschiede zutage. Wir finden beispielsweise einen Aufsatz, der aus nur zwei dürftigen Sätzen besteht, die noch nicht einmal durch Punkt oder Großschreibung voneinander getrennt sind:

> *Das Wasser ist für Menschen und für Vieh ganz unentbehrlich es Schaft* (sic) *so viel Nutzen das* (sic) *auch große Mühlen dadurch getriben* (sic) *werden.* (Doris Sackmann)

Statt Beispiele für den Nutzen des Wassers zu geben, wie es das Thema erforderte, wird die Größe des Nutzens gleich zweimal hervorgehoben *(»ganz unentbehrlich«; »so viel Nutzen«).*

Ein anderer Aufsatz hebt sich in jeder Beziehung – seinem Gedankenreichtum, seiner Gegliedertheit und vor allem in seinem Stil – so sehr von diesem (wie auch von allen übrigen) ab, daß es schwerfällt sich vorzustellen, die beiden Mädchen hätten in ein und derselben Klasse nebeneinander sitzen können. (Dieser Aufsatz ist am Ende meines Artikels vollständig abgedruckt.)

Ein Teil der hier angeführten Beobachtungen läßt sich aus den Verhältnissen an den Burgdorfer Schulen des 19. Jahrhunderts erklären (vgl. dazu und zu folgendem O. Bessenrodt 1964).

Einige Fakten

Unterrichtet wurde in der Stadt Burgdorf seit dem Jahre 1553, also seit der Reformationszeit. Zwar gab es noch lange Zeit keine höhere Schule, wohl aber eine Stadtschule (wir würden heute von einer Volksschule sprechen), die hauptsächlich von Knaben besucht wurde.

Im Verlauf des 18. Jahrhunderts kam dann eine Mädchen- oder Töchterschule hinzu. 1695 wurde eine solche von den Achtmännern des Bürgergerichtes gefordert, 1771 wird sie urkundlich erwähnt. Es ist darum so gut wie sicher, daß die 13 Aufsätze, alle von Mädchen verfaßt, aus der Burgdorfer Mädchenschule stammen.

Lange Zeit gab es für die Mädchenschule keinen festen Lehrer. Der Unterricht wurde mal von einer Lehrerswitwe, mal von der Frau des amtierenden Lehrers oder gar von diesem selbst (zusätzlich zu seinen übrigen Stunden) erteilt. Dieser Zustand ändert sich 1813. In diesem Jahr wurde Johann Gottfried Conrad Gölitz zum Lehrer an der Burgdorfer Mädchenschule bestellt. Von ihm sind also die Aufsätze, von denen hier die Rede ist, angeregt und betreut worden.

Die Mädchen besuchten die Stadtschule – nicht anders als die Knaben auch – vom 6. bis zum 14. Lebensjahre. Da aber nur ein Lehrer zur Verfügung stand, mußte der Unterricht umschichtig erfolgen. Am Vormittag wurden die älteren Schülerinnen (10 bis 14 Jahre), am Nachmittag, da der Mittwoch und der Samstag ausfielen, die jüngeren (6 bis 10 Jahre) versorgt. Während für die Knaben seit 1813 nicht nur Lesen, sondern auch Schreiben obligatorisch geworden war, brauchten die Mädchen Schreiben nicht zu lernen. Der Schreibunterricht und also auch der Aufsatzunterricht waren fakultativ. Geschrieben wurde nur in der oberen Klasse.

Von den 170 Mädchen, die 1812 insgesamt die Schule besuchten, haben nur 51 aus der Oberstufe Schreiben gelernt. Wieviele von diesen über das ABC hinausgekommen sind, läßt sich nicht mehr ausmachen, und wieviele schließlich in der Lage waren, einen regelrechten Aufsatz anzufertigen, schon gar nicht. Es ist anzunehmen, daß es nicht viele waren. Darum scheint es mir nicht ganz unwahrscheinlich zu sein, daß im Juni 1820 nicht mehr Aufsätze aufgeschrieben worden sind, als sich erhalten haben.

Und noch etwas erklären die äußeren Schulverhältnisse: Bedenkt man, daß die Mädchen, die sich für den Schreibunterricht entschieden hatten, zwischen 10 und 14 Jahre alt waren, so lassen sich auch die Unterschiede zwischen den Aufsätzen erklären. Der Aufsatz einer Elfjährigen, die gerade erst zu schreiben gelernt hatte und nur die Anfänge der Rechtschreibung beherrschte, konnte noch nicht so weit entwickelt sein wie bei einer Vierzehnjährigen, die sich anschickte, ihre Schullaufbahn zu beenden. Sieben der acht Mädchen, die 1820 die Aufsätze geschrieben haben, werden in dem Burgdorfer Taufregister aufgeführt. Danach sind zu dem Zeitpunkt, an dem die Aufsätze angefertigt wurden, drei von ihnen 13, zwei 12 und jeweils eines 14 und 11 Jahre alt gewesen. Der schwächste Aufsatz stammt, wie nicht anders zu erwarten ist, von der elfjährigen Schülerin.

Die äußeren Verhältnisse erklären nicht alles. Um die Aufsätze selbst verstehen und richtig einschätzen zu können, bedarf es der Einbeziehung der didaktischen und methodischen Überlegungen, wie sie damals angestellt wurden (zum folgenden vgl. O. Ludwig 1988: 270–285, insbes. S. 275ff.).

Die Aufgabenstellung (das Thema)

Nach dem Nutzen eines Gegenstandes oder Wesens zu fragen, war für die aufgeklärten, zumeist utilitaristisch eingestellten Pädagogen selbstverständlich. So fragte man nach dem Nutzen des Regens, der Luft, des Feuers, aber auch nach dem Nutzen des Schafes, des Rindviehs, der Bücher usw. Warum nicht auch nach dem Nutzen des Wassers?

Fragestellungen dieser Art kamen in den sogenannten *Denkübungen* auf, auch eine Errungenschaft der Aufklärer. In einem »Handbuch für unmittelbare Denkübungen« aus dem Jahre 1812 heißt es dazu:

> *Wenn von unmittelbaren Denkübungen die Rede ist, so hat man (...) nicht zunächst den Zweck, seine Schüler gewisse Kenntnisse zu lehren, oder Gedanken in ihnen zu erzeugen, welche sie behalten sollen; sondern man will blos eine einzige Fertigkeit durch die Entwickelung des Vermögens, das den Grund dieser Fertigkeit ausmacht, befördern, die Erlangung desselben beschleunigen, nemlich die Fertigkeit, den natürlichen Denkgesetzen gemäß richtig und selbst zu denken (Begriffe zu bilden, zu urtheilen und zu schließen).* (L. Nissen, N. Hermannsen, A. Steffensen 1812: Bd. 1, S. 29)

Denkübungen waren für die unteren Klassen der Gymnasien und Bürgerschulen, aber auch für die oberen Klassen der Volksschulen vorgesehen. In dem angeführten Handbuch, das von einer dreiklassigen Volksschule ausgeht (6–8, 8–12, 12–14 Jahre, vgl. ebd. S. 41), wird das Thema »Nutzen des Wassers« als Denkübung für den zweiten Kursus, also für Kinder zwischen 8 und 12 Jahren, empfohlen.

Denken kann man in der Schule nie an sich üben, sondern immer nur mündlich oder schriftlich. In erster Linie kam »die mündliche Lehrart« in Betracht:

> *Der Lehrer soll sich mit seinen Zöglingen über bekannte Gegenstände unterhalten, so, daß er immer durch kurze, faßliche und bestimmte Fragen ihre Aufmerksamkeit weckt, ihren Verstand (...) in Thätigkeit setzt, und sie anhält, vermittelst der Selbstthätigkeit ihres Verstandes, aus bekannten Vorstellungen neue, ihnen bisher noch unbekannte, selbst herzuleiten.* (ebd. S. 34f.)

Selbstverständlich konnten solche Fragen auch schriftlich beantwortet werden. Sprechen und Schreiben waren dann Mittel, die Denktätigkeit der Schüler und Schülerinnen anzuregen, zu fördern und so allererst auszubilden.

Nun ließ sich das Verhältnis auch umkehren, aus dem Mittel ein Zweck und aus dem Zweck das Mittel machen: die Denkübung wurde in den Dienst der Sprech- und Schreibübung gestellt. Gelernt wurde dann nicht nur, richtig und selbsttätig zu denken, sondern auch sich richtig und angemessen auszudrücken. Eine solche Verbindung bot sich für die *Schreibübungen* von dem Augenblick an, in dem diese in Übungen zur Anfertigung von Aufsätzen übergingen. Denn um einen Text zu verfassen, bedarf es der Gedanken, und diese können nur durch Nachdenken erzeugt werden:

> *Wenn der Schüler, nach Anleitung der aufgestellten Vorübungen zum Denken, eine Menge Vorstellungen eingesammelt hat; wenn seine Sprache bei diesen Unterhaltungen geübt und berichtigt worden ist, und er sich die Fertigkeit erworben hat, (...) aus einem gedruckten Buch leserlich und richtig abzuschreiben: dann, und nicht früher, soll man ihn anfangen lassen, seine Vorstellungen und Gedanken schriftlich auszudrücken.* (ebd. S. 114)

Die Aufgaben, die sich zuvor bei den Denkübungen bewährt hatten, konnten nun vom Aufsatzunterricht übernommen werden, und so wurde das Thema »Vom Nutzen des Wassers« zu einem Thema für schriftliche Aufsätze.

Die Beziehungen zwischen den Denk-, Sprech- und Schreibübungen waren so lange noch recht eng, als die Niederschrift nicht mehr war als eine schriftliche Fixierung von Gedanken und Vorstellungen. Sie mußten sich lockern, sobald von den Schülern und Schülerinnen mehr als nur eine Fixierung verlangt wurde. Dieser Punkt war erreicht, wenn sie Ordnung in ihre Gedanken und Vorstellungen zu bringen hatten. Er war überschritten, wenn sie aus einer Menge von Gedanken und Vorstellungen einen in sich kohärenten Text bilden sollten, d.h. wenn die Stil- oder Aufsatzübungen ihren Anfang nahmen. Im Rahmen der Stil- und Aufsatzübungen war der Zweck der Denkübungen auf die Produktion von Gedanken und Vorstellungen beschränkt, ein notwendiges Moment beim Schreiben zwar, aber kein hinreichendes. Zur Findung (inventio) der Gedanken und Vorstellungen mußte eine sinnvolle Anordnung (dispositio) sowie eine angemessene und ansprechende sprachliche Darstellung (elocutio) kommen.

Der Stoff und die Inhalte der Aufsätze

Zur Behandlung des Themas »Vom Nutzen des Wassers« in Denkübungen wurden folgende Gesichtspunkte ausgeführt:

> *Das Wasser dient Menschen und Thieren dazu, ihren Durst zu löschen. Vermittelst des Wassers reinigen wir unsern Körper und unsere Sachen. Es ist zum Wachsen der Pflanzen unentbehrlich. Im Wasser lebt eine große Menge nützlicher Thiere. Zu vielen Speisen und Getränken wird Wasser gebraucht. Es löscht Feuer, treibt Mühlen und trägt Fische.* (L. Nissen, N. Hermannsen, A. Steffensen 1812: Bd. 2, S. 46)

Wenn der Denkübung im Rahmen des Stil- und Aufsatzunterrichts die Aufgabe zufiel, den Stoff zur Verfügung zu stellen, dann ist damit zu rechnen, daß sich dieser in den Aufsatzübungen kaum von dem der Denkübungen unterscheidet. Ein Blick in die didaktischen Handbücher bestätigt diese Annahme (vgl. R. J. Wurst 1840/1851: S. 347; K. Geerling 1877/1879: S. 161). Auch in den Burgdorfer Aufsätzen von 1820 finden sich dieselben Gedanken wieder. Mal fehlt der eine, mal der andere Gesichtspunkt. Doch nimmt man alle Aufsätze zusammen, so stellt man fest, daß kein Gesichtspunkt vergessen worden ist. Ein Beispiel nur:

> *Erstlich hat mann vom Wasser den Nutzen Es treibt Schiffe auf der See Wen man nicht mehr zu lande reisen kann. so fährt man zuhr see auf dem Wasser. Zum zweiten giebt das Wasser hier zu Lande viel Nutzen. vohr Menschen und Vieh man kocht da vonn Essen und Trinken vohr Menschen und Vieh. Zum dritten mann reiniget sich damit selber und das zeug was man anzieht. Zum vierten. Wenn uns der liebe Gott den rägen entzeugt so nähmen wier aus denn strömen Wasser und begießen damit der liebe Gott giebt uns das Wasser darum auch Wen große feuersbrunst entsteht. Das Wier auch mit den Wasser dämpfen können. mit Gottes Hilfe.* (Caroline Schmidt)

Stofflich ist also der Rahmen, in dem sich die Kinder bewegten, recht begrenzt, ein Indiz dafür, daß die Aufsätze, wie es in der didaktischen Literatur empfohlen wurde, im Unterricht vorbereitet worden sind.

Die Anordnung des Stoffes

Die Art und Weise, wie in den einzelnen Burgdorfer Aufsätzen der Stoff organisiert und die Gedanken angeordnet worden sind, läßt verschiedene Formen erkennen, die durchaus als Stadien bei der Überführung einer Denkübung in eine Aufsatzübung begriffen werden können.

In seinen »Vorübungen zu schriftlichen Aufsätzen« führt Johann Christoph Baumgarten 1815 als erste Stilübung überhaupt die *»schriftliche Beantwortung vorgelegter Fragen«* an, und die erste Frage, die vorgelegt wird, lautet: »Wozu ist das Wasser nützlich« (J. C. Baumgarten 1815: Nr. 1; vgl. auch C. C. G. Zerrenner 1813/1820: S. 244). In den Aufsätzen der Schülerinnen aus Burgdorf dürfte der eingangs angeführte Aufsatz von Doris Sackmann dem entsprochen haben, was hier gefordert war. Von einem Aufsatz kann kaum die Rede sein, eher von einer Denkübung in schriftlicher Form.

Die Mehrzahl der Burgdorfer Arbeiten ist auf der Grenze zwischen Denkübungen und Aufsatzübungen einzuordnen. Wir haben es mit einem additiven Verfahren zu tun: verschiedene Beispiele für den Nutzen des Wassers werden – ziemlich ungeordnet (wie in der oben angeführten Stoffsammlung auch) – nacheinander vorgestellt oder regelrecht aufgezählt.

Eine *Aneinanderreihung* finden wir in dem folgenden Aufsatz:

> *(...) Das Wasser ist auch ser nützlich für den Menschen den der Mensch kann sich durch das Wasser seine Kleidungsstücken reinigen. und das Vieh auf der Erde mus es auch zu seinen unterhalt gebrauchen und wier hetten auch keinen Fisch wen wier kein Wasser hetten den der Fisch mus von den Wasser allein leben. (...) und das Wasser treibt MühlRäder und Schife die große lasten tragen, und Feuersgefahren ist das Wasser auch sehr nützlich und Wenn uns Gott nicht abwechselnd Felder Wiesen und Garten mit einem Milden Rägen anfeuchten dete so wurden Menschen und vieh beide verhundern müssen. Also ist das Wasser das nothwendigste theil was Menschen und Vieh zum lebensunterhalt gebraucht.* (Carolina Dörges)

Über eine bloße Reihung geht lediglich der Schluß hinaus, in dem so etwas wie eine Zusammenfassung versucht wird.

In vier der Aufsätze, also genau der Hälfte, werden die Beispiele durchgezählt:

> *1 Es treibt die Wasser Mühlen*
> *2 Es treibt Schiffe auf der See*
> *3 Und es leben Menschen und andere Thiere von Wasser*
> *4 zum Baden und zur reinigung.* (Elisabeth Wöhler)

In diesen Fällen können wir von einer *Aufzählung* sprechen.

Auch in der didaktisch-methodischen Literatur finden wir solche Aufzählungen, mit dem Unterschied jedoch, daß es sich bei ihnen um Gliederungsvorschläge, nicht um ausgeführte Aufsätze handelt (vgl. R.J. Wurst 1847/1851: S. 347; K. Geerling 1877/1879: S. 161; J.E. Haselmeyer 1887/1906: S. 289f.). Der Vergleich macht deutlich, daß die aufzählenden Arbeiten der Burgdorfer Schülerinnen noch keine ausgeführten Aufsätze sind, allenfalls Gerippe von Aufsätzen.

Von regelrechten Aufsätzen kann erst dann gesprochen werden, wenn die schriftliche Bearbeitung des Themas die Form einer *Abhandlung* annimmt, d.h. wenn der Nutzen des Wassers von verschiedenen Seiten aus betrachtet wird, die Aussagen sich in gedanklichen Komplexen organisieren und das Ganze eines Textes in Erscheinung tritt. Den Plan zu einer solchen Abhandlung hat Adolph Heinze in seiner »Praktische(n) Anleitung zum Disponieren für die obern Klassen höherer Lehranstalten« vorgelegt:

> *A. Das Wasser ist in so großer Menge in und auf dem Erdboden vorhanden (...), daß man schon daraus auf die Wichtigkeit desselben schließen kann. Andererseits denkt aber der Mensch gerade nicht immer an den Werth dessen, was in Menge vorhanden, also sehr gewöhnlich ist.*
>
> *Leicht läßt sich aber zeigen:*
>
> *Tr. daß das Wasser – seiner Menge entsprechend – auch wirklich eine sehr bedeutsame Rolle im großen Haushalt der Erde spielt, und zwar*
>
> *B. I im Allgemeinen im Bereich der Natur*
>
> *1. in der unorganischen:*
> *a. als Auflösungsmittel*
> *b. als Bindemittel;*
>
> *2. in der organischen:*
> *a. in der Pflanzenwelt,*
> *b. in der Thierwelt;*
>
> *II im Besonderen im Haushalte der Menschen:*
>
> *1. Verbrauch:*
> *a. wirthschaftlich als Trinkwasser, zu Speisen und Getränken,*
> *b. industriell;*
>
> *2. Gebrauch;*
> *a. als Reinigungsmittel – Waschwasser,*
> *b. als Trag- und Triebkraft – Schiffe, Mühlen, Maschinen aller Art etc.*
>
> *C. Wassernoth als Ueberfluß – Ueberschwemmung – und als Mangel, wie vielfach in der neueren Zeit!*
>
> (A. Heinze 1969/1879: S. 331)

Von den Burgdorfer Arbeiten erreicht allenfalls eine ein solches Niveau. Einleitung und Schluß sind vorhanden, der Hauptteil wird unterteilt nach dem Schaden, den das Wasser anrichten kann, und dem Nutzen, den es gewährt. Für beide Gesichtspunkte werden dann eine Reihe von Beispielen gegeben. (Ich werde diesen Aufsatz am Schluß als ganzen wiedergeben.)

Der Stil

Obwohl nur acht Aufsätze in meine Betrachtung einbezogen werden, bereitet die Beschreibung des Stils der Aufsätze Schwierigkeiten. Ich sehe im folgenden von der Formulierung der Einleitungen und Schlüsse ab, beziehe nicht die Wortwahl ein, da diese schwer zu beurteilen ist, berücksichtige auch nur in einem Falle eine abschweifende Passage (Digression) und beschränke mich im übrigen auf die primär stilistische Frage, wie das Thema in den Aufsätzen sprachlich ausgeführt worden ist.

Daß Wasser nützlich ist, wird im Thema vorausgesetzt und in den Aufsätzen auch nicht weiter in Frage gestellt. Die Frage war lediglich, inwieweit Wasser nützlich sei. In allen Arbeiten werden Begründungen in Form von Beispielen oder Belegen gegeben. Sie unterscheiden sich nur in der Form.

● Variationen des Themas

Man konnte sich die Arbeit leicht machen, indem man lediglich die Formulierung des Themas veränderte. Das ging so: zuerst wurde die nominale Form des Themas (»Vom Nutzen des Wassers«) aufgelöst und das Thema in Form eines Kopulasatzes wiedergegeben (»Das Wasser ist von Nutzen/nützlich/unentbehrlich usw.«). Dann wurden die Beispiele oder Belege in Form von Präpositionalausdrücken und Infinitivsätzen sozusagen eingehängt. Transformation und Expansion des Themas sind also die beiden Operationen, die bei diesem Verfahren Anwendung finden.

Nach zwei Richtungen konnte das Thema expandiert werden, einmal im Hinblick auf diejenigen, für die das Wasser von Nutzen ist (»für Menschen«, »für das Vieh« usw.), ein anderes Mal im Hinblick auf den Zweck (»zur Reinigung«, »zum Kochen« usw.). Auf diese Weise kommen dann Sätze wie die folgenden zustande:

> *Das Wasser ist für Menschen und für Vieh ganz unentbehrlich.*
> *Das Wasser ist auch um Mühlen zu treiben unentbehrlich.*
> *Und (gegen, O.L.) Feuersgefahren ist das Wasser auch sehr nützlich.*

Einer der Burgdorfer Aufsätze setzt sich in seinem Grundbestand fast nur aus solchen Sätzen zusammen:

> *Der Nutze des Wasser ist ganz unentbehrlich, vor Menschen und Vie Der erste Nutzen ist (so bald der Mensch gebohren, ist das erste) zur Reinigung Zweitens (gewönt sich ein jeder Rechlicher Mensch so er aus den bette aufstehet) zur Reinigung brauch er das Wasser Drittens sein Kleider zur Reinigen Virtens zum Trinken Fünfstens* (sic) *zum Kochen (Es lebt keine Creatur die von Gott erschaffen ohne Wasser.) Treibt Mühlen nicht allein zum Mehlmalen sondern noch viehl mehren (?) auch saltz und Papirmühlen.* (Katrina Wrede)

● Variationen eines Satzmusters

Die Schülerinnen waren nicht auf das aus der Formulierung des Themas ableitbare Satzmuster (»Wasser ist nützlich für x zu y«) angewiesen, sie konnten auch andere Satzmuster wählen. Als recht brauchbar erwies sich das folgende: »x macht mit Wasser y«, z.B. »der Mensch treibt mit Wasser Mühlen«. Von dieser Art sind die meisten Sätze der Arbeiten:

> *Man kocht da vonn Essen und Trinken ...*
> *Mann reiniget sich damit sich selber und das zeug was man anzieht.*
> *Der Mensch kann sich durch das Wasser seine Kleidungsstücke reinigen.*
> *Es können sich Menschen und Vieh dadurch erfrischen. Das Vieh seinen Durst löschen und der Mensch sein ganzes Leben dadurch erhalten.*
> *(Der liebe Gott gibt uns das Wasser darum auch Wen große Feuersbrunst entsteht Das) Wier das auch mit dem Wasser dämpfen können.*

Dieses Satzmuster ließ sich durch Valenzreduzierung variieren. Aus einem Satz wie »der Mensch treibt mit Wasser Mühlen« wurde dann »das Wasser treibt Mühlen« oder

> *Es treibt Schiffe auf der See.*
> *Es treibt Schiffe und Mühlen.*

Eine weitere Variationsmöglichkeit bot die Passivierung:

> *Auch große Mühlen dadurch getrieben werden.*

Da es damals nicht selten vorkam, daß die Vorbereitung von Aufsätzen mit der Einübung bestimmter Satzmuster verbunden war, ist nicht auszuschließen, daß die Dominanz eines Satzmusters auf solche Vorbereitungen zurückgeht.

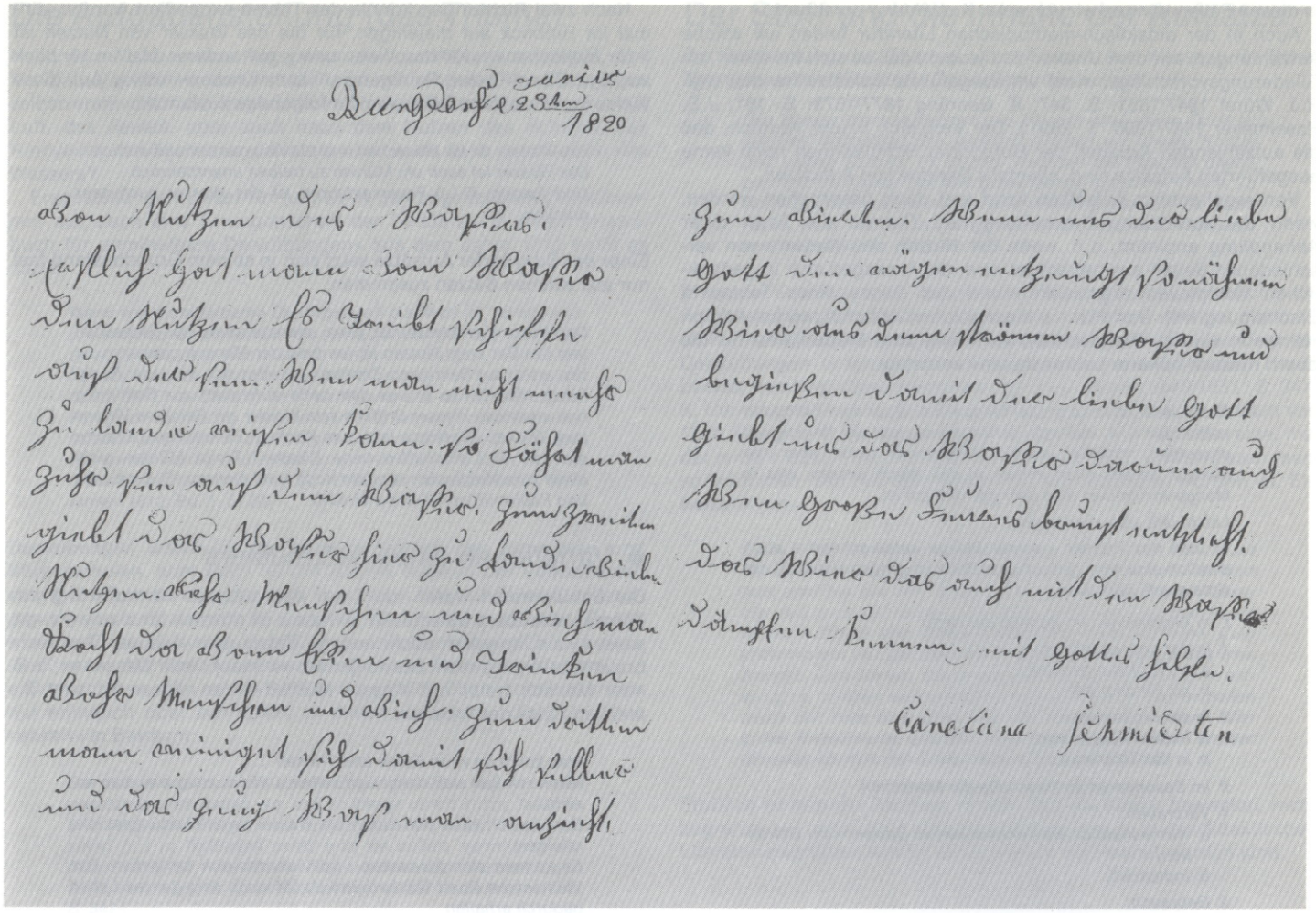
● Hypothetische Variationen

Über den bisher skizzierten Rahmen gehen lediglich zwei Schreiberinnen hinaus. In beiden Fällen werden Überlegungen darüber angestellt, was der Fall wäre, wenn es kein Wasser gäbe:

> *Und wier hetten auch keinen Fisch wen wier kein Wasser hetten den der Fisch mus von den wasser allein leben.*
> *Ohne das Wasser könnte die Schiffahrt nicht bestehen, und dann würde es um den Handel mit ander umliegenden Ländern zu treiben ungeheuer viel Kosten und Mühe verursachen.*

Der Form nach handelt es sich um irreale Bedingungssätze. Eine Schülerin hat fünf Bedingungssätze zu einem kleinen, in sich abgeschlossenen Textabschnitt zusammengefügt:

> *Wenn man sich das Wasser ganz aus der Natur weg dächte, so wierde keine Brau- und Brennereyen Statt finden können. Wir würden uns keine reine Wäsche verschaffen können und durch diese wird so manche bösartige Krankheit abgeholfen. Wir wirden uns unsere Speisen nicht zubereiten können. Es würden keine Fische Statt finden können und diese dienen in manchen Gegenden den Bewohnern zur Hauptnahrung, kurz ohne Wasser wirden keine Geschöpfe fortdauern können.* (Doris Düsterrich)



Die Flüssigkeit dieser Schreibweise wird nur noch einmal von einer anderen Schülerin erreicht, an einer Stelle ihres Aufsatzes, die man wohl als eine Abschweifung bezeichnen muß:

> *Das gesundeste Getrenke fier den Menschen ist reines klares kaltes Wasser, kühlt den ganzen Leib und reinigt das Blud erhält den Magen heiter und froh. Auch zehret das Wasser nicht (...) wie die meisten Menschen glauben. aber mann muß darum nicht immer Wasser Trinken man auch Biehr und dergleichen mehre (?) Getrenke Trinken.* (Doris Homann)

Die Flüssigkeit und Lebendigkeit des Ausdrucks kommt hier durch die Nähe zur gesprochenen Sprache zustande, man beachte etwa die Ellipse des Subjektausdrucks und die redensartigen Wendungen *»reines, klares, kaltes Wasser«, »heiter und froh«.*

Vergleiche

Zum Schluß möchte ich zeigen, wie sich damals ein Lehrer die Behandlung des Themas vorgestellt hat. In dem Handbuch von K. Dorenwell »Der deutsche Aufsatz in den unteren und mittleren Klassen höherer Lehranstalten« von 1884 findet sich folgender Musteraufsatz:

> *Nutzen des Wassers.*
>
> *Kein Erzeugnis der Natur hat für uns einen so hohen Wert als das Wasser.*
>
> *Um den Körper zu erfrischen und zu reinigen, wäscht man ihn täglich mit frischem kalten Wasser, und tausendfältig wird heißes, warmes und kaltes Wasser zum Waschen und Spülen in jeder Haushaltung fortwährend angewandt.*
>
> *Daneben ist Wasser das allgemeinste, wohlfeilste und gesundeste Getränk, und wer es im Naturzustand für seinen Gaumen nicht geeignet hält, der kann mit Anwendung einer Kunst aus demselben die verschiedensten Getränke erhalten, von denen Bier, Thee und Kaffee die gebräuchlichsten sind.*
>
> *Ja, wenn wir die Hausfrau fragen, wozu sie das Wasser verwendet, so wird sie die Frage thöricht finden, denn ohne Wasser dürfte es ihr kaum gelingen, irgend eine schmackhafte Speise wohl zu bereiten.*
>
> *Aber auch der Arzt schätzt im Wasser einen unentbehrlichen Heilgehülfen. Zur Reinigung offener Wunden, zur Abkühlung verbrannter Körperteile und zur Bereitung der meisten Arzneien ist das Wasser von hohem Nutzen. Wie manchen Kranken hat es durch ein kräftigendes Bad oder durch inneren Gebrauch geheilt. Daher strömen auch alljährlich Tausende von Menschen zur See und zu den Mineralquellen, um zu baden, oder zu den Gesundbrunnen, wo sie zur Wiedererlangung ihrer Körperkräfte oft keiner weiteren Arznei als des Wassers bedürfen, das sie zu bestimmten Tagesstunden trinken.*
>
> *Was würde aus unseren Feldern, Gärten und Wiesen werden ohne das befruchtende Wasser des Regens und der Flüsse; wie sähe es in unseren Wäldern aus, wenn das alte Wort nicht mehr gälte: »Du feuchtest die Berge von oben her.« Es wäre undenkbar, daß das Land irgend eine Frucht hervorbrächte.*
>
> *Aber auch bei den verschiedensten Vorgängen im täglichen Leben finden wir das Wasser im Gebrauch. Wonach ruft alle Welt, wenn eine Feuerbrunst die Wohnstätten der Menschen bedroht? Nach Wasser. Was bedarf der Maurer, um den Kalk durch Löschen für seine Zwecke brauchbar zu machen? Wasser. Und wie sehr das Wasser mit der Thätigkeit mancher Menschen aufs innigste verbunden ist, braucht nicht weiter gezeigt zu werden, wenn wir nur an die Wassermühlen, die Schiffe, Flöße, Fähren und an die Dampfmaschinen erinnern.* (K. Dorenwell 1884: S. 297).

Stellt man den besten der Burgdorfer Aufsätze dagegen, so braucht dieser einen Vergleich nicht zu scheuen (s. Kasten S. 11).

Interpunktion und Orthographie lassen noch zu wünschen übrig, in der Wortwahl stellen sich Unsicherheiten ein, auch ist dieser Aufsatz nicht so umfangreich wie der Musteraufsatz, doch zeichnet er sich vor diesem durch Klarheit im Aufbau und Lebendigkeit in den Formulierungen aus.

Vergleicht man diesen Aufsatz mit Arbeiten, wie sie heute in der Volksschule angefertigt werden, so sind mit der gebotenen Vorsicht folgende Feststellungen zu treffen. Heute wird wohl kein Lehrer und keine Lehrerin auf den Gedanken kommen, einen Aufsatz über den Nutzen des Wassers schreiben zu lassen. Die Verbindung der Stil- und Aufsatzübungen mit den Denkübungen ist in der Zwischenzeit aufgegeben worden. Aufsätze sind damals hauptsächlich als Hausarbeiten geschrieben worden. Klassenarbeiten kamen vor, waren aber selten. Die Anfertigung eines Aufsatzes war eine Schreibübung und nicht so sehr ein Leistungsnachweis (eine Klausur).

Vom Nutzen des Waſsers

Das Waſser iſt ein gefährliges aber unentbehliches Element. Es iſt gefährlich, den es beſitzt die Kraft, große Häuſer Paleſte, mit ſich fort zu reißen, es zerbricht große Dämme und überſchwämt denn große Gegenden, vorzüglich im Winter, reißen die Eisſchollen große Steinerne Brücken mit ſich fort, auf dieſe Art iſt das Waſser ein gefährliches Element, es iſt aber auch ein unentbehrliches Element, denn ohne das Waſser könnte die Schifffahrt nicht beſtehen, und dann würde es um den Handel mit ander umliegenden Ländern zu treiben ungeheuer viel Koſten und Mühe verurſachen. Das Waſser iſt auch um Mühlen zu treiben unentbehrlich. Wenn man ſich das Waſser ganz aus der Natur weg dächte, ſo wierde keine Brau- und Brennereyen Statt finden können. Wir würden uns keine reine Wäſche verſchaffen können und durch dieſe wird ſo manchen bös artige Krankheit abgeholfen. Wir wirden uns unſere Speiſen nicht zubereiten können. Es würden keine Fiſche Statt finden können, und dieſe dienen in manchen Gegenden den Bewohnern zur Hauptnahrung, kurz ohne Waſser wirden keine Geſchöpfe fort dauern können. Da alſo wir Menſchen nicht fortdauern können, ſo ſind wir deſhalb Gott dem Geber dieſes Elementes den größten Dank ſchuldig.

Doris Düsterrich

Burgdorf
den 26ten July 1820

Damals war der Schreib- und Aufsatzunterricht den oberen Klassen der Volksschule vorbehalten, heute beginnt man damit schon in der Grundschule, so daß nicht ausgeschlossen werden kann, daß, was damals Zehn- bis Vierzehnjährige geleistet haben, heute schon von Acht- bis Zehnjährigen erwartet werden kann.

Angegebene Literatur

Baumgarten, Johann Christoph: Vorübungen zu schriftlichen Aufsätzen und Aufgaben zu Stylübungen in fortschreitender Stufenfolge. Reutlingen: Mäcken 1815

Bessenrodt, Otto: Geschichte des Schul- und Bildungswesens in der Stadt Burgdorf (Stadtgeschichtliche Hefte der Kreisstadt Burgdorf 3), (Burgdorf) 1964

Dorenwell, K.: Der deutsche Aufsatz in den unteren und mittleren Klassen höherer Lehranstalten sowie in Mittel- und Bürgerschulen, Hannover: Meyer 1884

Geerling, Karl: Der deutsche Aufsatz, ein Hand- und Hilfsbuch, Wiesbaden: Gestewitz 1877/2. Aufl. 1879

Haselmeyer, Johann: Neues Aufsatzbuch zum Gebrauche an höheren Schulen und zum Selbstunterricht. 1. Aufl. 1887, 6. Aufl. (von H. Haselmeyer) Würzburg 1906

Heinze, Adolph: Praktische Anleitung zum Disponieren für die oberen Klassen höherer Lehranstalten. Leipzig: Engelmann 1869/2. Aufl. 1879

Ludwig, Otto: Der Schulaufsatz. Seine Geschichte in Deutschland, Berlin, New York: de Gruyter 1988

Nissen L., Hermannsen N., Steffensen A.: Theoretisch-Praktisches Handbuch für unmittelbare Denkübungen nebst einem Anhange über Sprech- und Schreibübungen. Duisburg und Essen: Bädeker und Kürzel 1812

Wurst, Raimund Jakob: Theoretisch-praktisches Handbuch zu elementaristischen Denk- und Stylübungen. Reutlingen: Mäcken 1840/2. Aufl. 1851

Zerrenner, Carl Christoph Gottlieb: Methodenbuch für Volksschullehrer. Magdeburg: Hinrichshofen 1813/3. Aufl. 1820

Dr. Otto Ludwig ist Professor für deutsche Sprache an der Universität Hannover.

ORTHOGRAPHIE – Diskussion auf »neutralem Boden«

Auf Einladung der *Studiengruppe Geschriebene Sprache* bei der Werner-Reimers-Stiftung fand vom 11.–13. Mai 1989 in Bad Homburg eine Tagung zum Thema *Orthographiereform* statt. Die Einladung war an die Mitglieder der Kommission für Rechtschreibfragen des IDS und einige weitere Fachkollegen aus der BRD, der DDR und der Schweiz ergangen, die über Schrift, Schriftstruktur und ihre Normierung arbeiten.

Die *Studiengruppe Geschriebene Sprache* ist eine Gruppe von Wissenschaftlern aus verschiedenen Fachgebieten, die sich – im Sinne ihres Trägers, der Werner-Reimers-Stiftung – interdisziplinär mit der Erforschung von Schrift und Schriftlichkeit befaßt. Ihre Mitglieder sind Linguisten, Paläographen, Psychologen, Sprachdidaktiker und Mediziner. Sie hatte diese Tagung anberaumt, weil sie den gegenwärtigen Auseinandersetzungen über eine Reform der deutschen Rechtschreibung große Bedeutung beimißt. Sie wollte und konnte einen Diskussionsrahmen anbieten, in dem der *Vorschlag zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung* der IDS-Kommission auf »neutralem Boden« und ohne übermäßige Rücksichtnahme auf die bisherige, leider oftmals sehr polemische und wenig sachverständige Kommentierung dieses Vorschlags eingehend erörtert werden sollte.

Die Diskussionen wurden eingeleitet durch zwei Referate. Christian Stetter (Aachen) erläuterte, unter regel- und konventionstheoretischen Gesichtspunkten, seine Standpunkte zu der Leitfrage »Was kann ›Orthographiereform‹ heute heißen?«. Manfred Kohrt (Berlin-West) referierte über das Thema »Orthographisches Regelwerk und Rechtschreibwörterbuch«. Der theoretische Rahmen, in den Vorschläge für Änderungen eines im Gebrauch befindlichen Systems der geschriebenen Sprachform zu stellen sind, erwies sich an einigen zentralen Punkten als durchaus ergänzungsbedürftig. Kritisch vermerkt wurden einige Vereinfachungen des »Vorschlags« etwa im Bereich der »Schreibung der Wörter (Laut-Buchstaben-Beziehungen)«. Keine Einigung konnte bei der Erörterung der Frage erreicht werden, in welchem Maße das Schriftsystem des Deutschen von der morphologischen Komponente determiniert ist und in welchem Maße eine eigenständige Graphotaktik (Regularitäten der Buchstabenfolge im Deutschen) anzusetzen ist – beides hätte wahrscheinlich erhebliche Auswirkungen auf Konzepte, die Änderungen der »Schreibung der Wörter« und der »Fremdwörter«, der Getrennt- und Zusammenschreibung und der Worttrennung beabsichtigen. Man konnte sich jedoch darauf einigen, daß mit einem Reformvorschlag nicht gewartet werden kann, bis sämtliche theoretischen Fragen und Probleme wirklich gelöst sind.

Einig war man sich darüber, daß es dringend erforderlich ist, die amtlichen Regeln von 1901 neu zu formulieren und den Wildwuchs an Zusatz-, Sonder- und Neuregelungen, die aus der Duden-Redaktion stammen, kritisch zu sichten und zu beschneiden. Die Frage, in welchem Maße Grammatiker die Regeln für die geschriebene Sprachform vorgeben können und dürfen, wurde unterschiedlich beurteilt. Es bestand Übereinstimmung darin, daß sie

aufgrund ihrer fachlichen Kompetenz zwar nicht dazu legitimiert sind, **Vorschriften** zu machen, sehr wohl aber dazu, **Vorschläge** auszuarbeiten, die bei entsprechender »Akzeptanz« gesellschaftlich realisiert werden sollten. Als wenig hilfreich wurde in diesem Zusammenhang die Reaktion vieler Presseorgane auf den »Vorschlag« (s. SPRACHREPORT 4/88) charakterisiert, denn ebensowenig wie Grammatiker können Journalisten für sich beanspruchen, orthographische Gesetzgeber zu sein. Die grundsätzliche »Planbarkeit« von Sprachen in ihrer geschriebenen und gesprochenen Form wurde unter Hinweis darauf, daß viele faktische Beispiele für solche Vorgänge vorliegen (viele Sprachen der Völker der Sowjetunion, Dänemark, Norwegen, Mazedonien, Israel usw.), als unproblematischer Punkt behandelt.

Wichtige Ergebnisse der Tagung:

- man war sich darüber einig, daß an einigen zentralen theoretischen Problemen und einigen Bereichen der Strukturanalyse weitere Forschungsarbeit zu leisten ist, um fundierte Änderungsvorschläge zu machen oder, und auch das ist durchaus denkbar, bestehende Regelungen als systematisch begründet erkennen und entsprechende Regeln formulieren zu können;
- man war sich darüber einig, daß die Regeln des Duden reformbedürftig sind und, in einem ersten Schritt, den amtlichen Regeln von 1901 wieder näher gebracht werden sollten;
- man war sich darüber einig, daß die Arbeit der IDS-Kommission trotz mancher Kritik im Grundsätzlichen und einigen Meinungsverschiedenheiten im Detail sehr zu begrüßen ist und fortgeführt werden soll. Von den internationalen Beratungen über eine »Neuregelung der deutschen Rechtschreibung« erhofft man, daß sie wenigstens in den Bereichen Zeichensetzung, Worttrennung, Getrennt- und Zusammenschreibung und »Fremdwortschreibung« erste praktische Ergebnisse erbringen.

Helmut Glück

Dr. H. Glück ist Privatdozent an der Universität Hannover.

Tagungshinweis

8.–10. November 1989:
2. Arbeitstagung Sprache in der Politik: »Semantik und öffentlicher Sprachgebrauch – Besetzen von Begriffen«. Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Info: Dr. Frank Liedtke, Germanistisches Seminar, Heinrich-Heine-Universität, Universitätsstr. 1, 4000 Düsseldorf 1

DIPLOMATIE MIT DIPLOMEN

Doktorate honoris causa und andere akademische Ehren werden zur Zeit in Polen in auffallend schneller Abfolge an westdeutsche Wissenschaftler verliehen: Innen- und außenpolitische Entkrampfung lassen endlich die Befriedigung eines gewissen Nachholbedarfs zu. Dem »an der Basis« trotz administrativer Hindernisse und wirtschaftlicher Beschränkungen rasant sich entwickelnden Austausch fehlte bislang die wohlwollende Begleitung durch eine konstruktive staatliche kulturelle Außenpolitik und die Weihe von offiziellen Würdigungen und Auszeichnungen. Während in der großen Politik der Durchbruch noch auf sich warten läßt, wird im Wissenschaftsverkehr zusehends unverkrampfter Umgang gepflegt.

Von besonderer Symbolkraft, wissenschaftspolitischer Tragweite und atmosphärischer Langzeitwirkung dürfte die Ehrenpromotion des Generalsekretärs der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Dr. Dr. h.c. mult. Heinrich Pfeiffer, an der Universität Wrocław am 13. April dieses Jahres sein. Der so Geehrte ist seit 33 Jahren in der Zentrale der Stiftung tätig und hat sich frühzeitig als Wegbereiter des Wissenschaftsaustausches zwischen der Bundesrepublik und Polen erwiesen.

Von den insgesamt 11300 Stipendiaten der Stiftung in der Nachkriegszeit kamen allein 800 aus Polen. Eine kräftige Finanzspritze der Robert-Bosch-Stiftung hatte diese Schwerpunktbildung ermöglicht. Damit nimmt Polen nach Japan, den USA und Indien die vierte Stelle unter den von der Stiftung geförderten Ländern ein.

Die germanistischen Linguisten unter den Humboldt-Stipendiaten fanden vor allem am Mannheimer Institut für deutsche Sprache Anknüpfungspunkte für ihre Arbeit. So verschloß sich auch Prof. Dr. Ulrich Engel vom IDS, der zur Zeit für zwei Monate als Gastprofessor an der Universität Wrocław lehrt, nicht dem Antrag der dortigen Fakultät, an den Verleihungsfeierlichkeiten mitzuwirken: Er zog als einer der drei Professoren der philologischen Fakultät im Talar, der alten Amtstracht des Professorenstandes, der »toga«, mit in die aus Schutt und Asche prachtvoll wiedererstandene Aula Leopoldina der Universität Wrocław ein.

Dies ist auch heute, 50 Jahre nach Kriegsbeginn, alles andere als eine Selbstverständlichkeit.

Gerhard Jakob

Gerhard Jakob, z.Zt. vom IDS beurlaubt, arbeitet mit Förderung des DAAD als Gastwissenschaftler und Lektor an der Abt. für Westgermanische Sprachen des Instituts für Germanische Philologie der Universität Poznań.

Professor Ulrich Engel (Mitte) an der Seite von Prodekan Eugeniusz Tomiczek (links) und eines Senatsmitglieds (rechts) bei der Ehrenpromotionsfeier für Dr. Heinrich Pfeiffer in Wrocław (Foto: J. Katarzyński, Wrocław)

NACHRUF

Zum Tode Hugo Mosers

Am 8. September 1981 ging die Amtszeit von Hugo Moser als Präsident des IDS zu Ende. Am 10. März 1982 haben wir ihn vor der Verleihung des Duden-Preises der Stadt Mannheim an Hugo Moser im Rittersaal des Mannheimer Schlosses öffentlich verabschiedet. Bei diesem Anlaß habe ich folgendes gesagt:

Fast auf den Tag genau hat vor 18 Jahren von dieser Stelle aus Prof. Jost Trier die Gründung des IDS bekanntgegeben. Von diesen Tagen des Jahres 1964 an bis zum 8. September 1981 haben Sie, verehrter und lieber Herr Moser, als Vorsitzender des Kuratoriums und damit als Präsident des IDS die Geschicke dieses Instituts wesentlich mitbestimmt. Mehr noch: Ohne Sie gäbe es wohl auch heute noch kein IDS, noch kein Forschungsinstitut für die deutsche Gegenwartssprache.

Denn Sie vor allem waren es, der, überzeugt von der Notwendigkeit einer solchen Institution, alle Hebel in Bewegung setzte, alle, vor allem finanzielle, Risiken in Kauf nahm und nicht nachgab, bis Jost Trier vor 18 Jahren die Gründung des IDS bekanntgeben konnte.

Heute, 18 Jahre später, verabschieden wir Sie aus einem Amt, dem Sie fast zwei Jahrzehnte lang sein Gepräge gegeben haben. Zwei Jahrzehnte, in denen aus dem kleinen, finanziell ungesicherten IDS ein von Bund und Ländern getragenes Forschungsinstitut mit rund 70 ständigen Mitarbeitern geworden ist, ein nach Meinung des Wissenschaftsrats und der zuständigen Ministerien in Bonn und Stuttgart noch nicht voll ausgebautes, aber doch konsolidiertes Institut. Ein Institut, das beachtliche Forschungsleistungen aufzuweisen hat, das zu einem Zentrum der Sprachgermanistik der Welt geworden ist und das dabei ist, neue und größere Aufgaben anzupacken.

Der Weg vom Damals zum Heute war nicht immer leicht. Daß das Heute erreicht wurde, ist der Leistung vieler zu verdanken, der Mitarbeiter, Abteilungsleiter und Direktoren des IDS, aber es ist vor allem *Ihr Verdienst. Ohne Ihre menschlichen und wissenschaftlichen Qualitäten, ohne Ihren Einsatz, oft hartnäckigen Einsatz, stünden wir heute nicht da, wo wir stehen.*

Wieder im März – am 22. März 1989 – hat uns Hugo Moser endgültig verlassen. Die vor 7 Jahren gesprochenen Worte gelten uneingeschränkt auch heute noch: Hugo Moser hat sich um »sein« IDS verdient gemacht.

Aber noch mehr: zusammen mit seiner 1988 verstorbenen Gattin hat er eine Stiftung errichtet, aus deren Erträgen jährlich ein »Hugo-Moser-Förderpreis« für junge Sprachgermanisten vergeben werden soll. Im Rahmen der Jahrestagung des IDS wurde dieser Preis 1987 zum ersten Mal – noch in Anwesenheit des Stifterpaares – zwei jungen Wissenschaftlern zugesprochen und übergeben.

Die Germanistik ist Hugo Moser zu Dank verpflichtet, ein Dank, der dauern wird und das Gedenken an ihn bewahrt.

Heinz Rupp

Prof. Dr. Heinz Rupp war von 1981 bis 1987 Präsident des IDS.

Leserforum

»Wütendes Geschimpfe«

Zum Leitartikel von Ludger Hoffmann (SPRACHREPORT 4/88, S. 1f.) schreibt der Sprachwissenschaftler Theodor Ickler u.a.:

Ein wissenschaftliches Institut wie das IDS hat die Aufgabe, die deutsche Sprache zu erforschen und über seine Ergebnisse zu berichten, also gewiß auch über die Vorschläge zur Rechtschreibreform und über die Reaktion der Bevölkerung darauf. Stattdessen hält es Herr Hoffmann für angebracht, im SPRACHREPORT 4/88 das Laienpublikum wegen seiner Einsendungen und Anrufe verächtlich und lächerlich zu machen. Ich finde das ebenso unangemessen wie unwürdig. Der populärwissenschaftliche Charakter des SPRACHREPORTS rechtfertigt noch lange nicht seine Umfunktionierung zum Kampfblatt, am allerwenigsten in dieser subalternen Weise.

Ich frage mich, wodurch dieses ungeduldige und wütende Geschimpfe motiviert sein mag.

Prof. Dr. Theodor Ickler, Spardorf

SPRACHREPORT-Autor Ludger Hoffmann nimmt dazu Stellung:

Mir ging es in keiner Weise darum, »das Laienpublikum ... verächtlich und lächerlich zu machen«. Mein Angriff galt vielmehr den Medien, die vielfach unsachlich, falsch und polemisch berichtet haben und gerade durch die Art ihrer Berichterstattung jene Beschimpfungen, auf die ich mich bezogen habe, erst provoziert haben. Was da hochgekommen ist, war nun in der Tat so schlimm, daß auch der gutwilligste Mensch sich an die schlimmsten Zeiten der deutschen Geschichte erinnert fühlen mußte.

»Keine Ahnung«

Zur »Halbsprachigkeit« in Kärnten (SPRACHREPORT 4/88, S. 8ff.) meint J. Kargl, hier liege wohl eher ein südbairischer Dialekt vor. Prof. Larcher entgegnet auf den Vorwurf, er habe »vom (süd-)bairischen Dialekt keine Ahnung«.

Als regelmäßiger Leser Ihrer Zeitschrift möchte ich zu den Aussagen von Dietmar Larcher Stellung beziehen, denn ich bin ziemlich erschüttert über den Unsinn, der hier als »wissenschaftlich« verkauft wird bzw. das Unwissen, das ein Professor in Ihrer Zeitschrift verbreiten darf.

Auf S. 8 des SPRACHREPORTS 4/88 führt Larcher in seinem Artikel unter dem Abschnitt »Pidgin German« eine Sprachprobe an und schreibt dann u.a. dazu folgendes:

»Vor allem die Wortstellung und der Ausfall wichtiger Wörter, die im Deutschen die grammatische Identifizierung von Verb und Substantiv [sic!] erleichtern [...], aber auch die Neigung, durch eigenartige Konstruktionen à la *wir haben wir (= mir homma)* Verbformen präziser zu kennzeichnen als im Deutschen üblich, verweisen auf starke Interferenzen vom Slowenischen.«

Wenn sich Herr Larcher wirklich mit gesprochenem Deutsch beschäftigt hätte, müßte er wissen, daß alle genannten Erscheinungen dort auch vorkommen und z.T. allein aus dem Phänomen »gesprochene Sprache« (»Umgangssprache« etc.) erklärbar sind.

Dagegen handelt es sich bei anderen tatsächlich um Interferenzerscheinungen, aber nicht des Slowenischen, sondern des Bairischen (hier: Südbairisch, wie es in Kärnten gesprochen wird).

Die genannte Erscheinung, daß Verbformen, wie Larcher es formuliert, präziser gekennzeichnet werden, kommt generell im Bairischen, auch und gerade im Mittelbairischen vor, wofür die im folgenden gemachten Aussagen und Beispiele gelten und wofür gewiß kein slowenischer Einfluß angeführt werden kann.

Es ist sogar zu vermuten, daß sich die Hausfrau in dem aufgezeichneten Gespräch nicht eines »Pidgin German« (!), eines Deutsch also mit (fälschlicherweise oder absichtlich falsch?) auf

slowenischen Spracheinfluß zurückgeführten Interferenzerscheinungen, sondern südbairischer Mundart bedient. Es handelt sich ja bei dem abgedruckten Textauszug um ein »Interviewtranskript«, nicht um eine (phonetische oder phonologische) Transkription.

Ich glaube übrigens Herrn Larcher sehr wohl, daß er »schon sehr genau hinhören« muß, »um die Sprache verstehen zu können«, denn offenbar hat er vom (süd-)bairischen Dialekt keine Ahnung!

Johann Kargl, Tittling

Replik

Zum Leserbrief des Herrn Johann Kargl zu meinem Artikel »Der Kärntner spricht Deutsch«:

Herr Kargl hat schon recht, wenn er sagt, daß es im Mittelbairischen das Phänomen des ans Verb angehängten Personalpronomens gibt. Die hier beschriebene Bildung »mir homma« (= wir haben wir) ist aber, genauso wie das gesamte Phänomen, im Südbairischen eher selten. Die Region, in der die ehemals slowenischsprachigen Assimilanten leben, gehört dialektgeographisch zum Bereich des Südbairischen. Die Menschen, die vielfach in ihrer Kindheit nur slowenisch gesprochen hatten und erst in der Schule mit dem Deutschen vertraut wurden, orientieren sich häufig unbewußt am verdrängten Slowenischen. Das gilt besonders für Aussprache und Intonation, aber es gilt auch für Grammatik und Syntax. Vor allem beim mündlichen Sprachgebrauch werden diese Interferenzen sehr deutlich. Wenn man nun weiß, daß es im Slowenischen die Bildung »mi imamo« auf allen Sprachebenen gibt, und zwar im Schriftlichen wie im Mündlichen, daß es aber im Südbairischen selten zu dieser Bildung kommt, dann ist es plausibel, auch in diesem Fall Interferenz aus dem Slowenischen zu unterstellen.

Zwei Randbemerkungen zu eher unqualifizierten Äußerungen Herrn Kargls: Er meint, ich hätte vom südbairischen Dialekt keine Ahnung. Ich kann ihn beruhigen. Ganz so schlimm, wie er befürchtet, ist es nicht. Ich habe das Südbairische zur Muttersprache – und ich habe über eine südbairische Mundart dissertiert.

Und die zweite Randbemerkung: Herr Kargl meint, die von mir zitierte Hausfrau »bediene« sich einer südbairischen Mundart. Vom »Bedienen« dürfte wohl kaum die Rede sein, denn dazu wäre souveräne Beherrschung die notwendige Voraussetzung. Als ehemaliger Schulfuchs (immerhin war ich zehn Jahre lang Deutschlehrer) wage ich zu sagen, daß eher die Sprache die Sprecherin beherrscht, indem sie ihr nur zu sagen gestattet, was als Formelvorrat in ihrem Gedächtnis vorhanden ist (vgl. dazu Handkes Südkärntner Heimatbuch »Wunschloses Unglück«). Und gerade das scheint mir die Misere der Südkärntner Halbsprachigkeit zu sein: daß diese Halbsprachigkeit letztlich dazu führt, daß die Menschen nur mehr in Formeln sprechen, um nur ja nicht sprachlich zu entgleisen. Genaueres dazu in dem von mir mitverfaßten Buch *Zweisprachigkeit und Identität* (Boeckmann/Brunner/Egger/Gombos/Juric/Larcher, Klagenfurt 1988).

Prof. Dr. Dietmar Larcher, Klagenfurt

»Ma musses halt kenne«

Zu unserem Beitrag über die »Mannheimer Stadtsprache« (SPRACHREPORT 4/88, S. 5ff.) erreichte uns ein echt mannemerischer Brief von Frau Doris Baum aus London.

Ja, wennse ma en Ardiggel iwwer die Mannemer Schbroch schigge, do missese halt damit rechne, daß ich was dazu se sache hab. Nadierlich, mei Mannemerisch werd anners geschriwwe als des von Negare [= Neckarau], denn isch bin vun der Filsbach, also vun der innere Unnerschdad, nit blos von so ere Vorschdad. Die Filsbach is die echt Quell fer die Schbroch.

Uf Seide siewwe (sieben) im zwede Paragraf schreiwese, daß es »regional geläufig« ist, die Berlinerisch imitierte Formel »j.w.d. ...« zu gebrauche. Is die werklich »regional geläufig« und seit wann? Isch bin nadierlich schun arsch [= arg] lang vun Mannem fort. Den Ausdrugg hawisch nie gekennt. Des muß ebbes Neies sei, wie auch, daß ma secht »die hänge de große Max raus«.

Ja, Mannheimerisch is e scheen Schbroch. Ma musses halt kenne.

Mit beschtem Gruß
Doris Baum

dreisprachige Studienrätin a.D.
(1. Filsbach Mannemerisch; 2. Standarddeutsch mit Mannemerisch gefärbt; 3. Queen's English [nur BBC-Ansager sprechen BBC-English, das ist kein Standard].)

Neue Bücher über Sprache

Sprachproduktionsmodelle. Neuro- und psycholinguistische Theorien der menschlichen Spracherzeugung. Herausgegeben von Gerhard Blanken, Jürgen Dittmann, Claus-W. Wallesch. Freiburg/Br.: Hochschulverlag 1988, 194 S.

Hellmut Geißner: mündlich: schriftlich. Sprechwissenschaftliche Analysen »freigesprochener« und »vorgelesener« Berichte. Frankfurt/M.: Scriptor 1988, 200 S.

Neue Bücher aus dem IDS

Das Ergebnis des Projekts »Schwere Wörter im Deutschen«, das in der Abteilung Lexik des IDS durchgeführt wurde, liegt nun nachlesbar vor:

Gerhard Strauß/Ulrike Haß/Gisela Harras: Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch (Schriften des Instituts für deutsche Sprache, Band 2), Berlin, New York: de Gruyter 1989, 778 S., DM 48,–.

In diesem Lexikon werden in verständlicher, diskursiver Weise Wörter beschrieben, deren Verwendungen die sprachliche Verständigung erschweren oder sogar stören können, also Wörter, die unter verschiedenen Gesichtspunkten erklärungsbedürftig sind, z.B. weil mit ihnen unterschiedliche Wertsetzungen und Einschätzungen verbunden sein können, weil mit ihnen typischerweise beschönigende oder übertragene, bildliche Verwendungen verknüpft sind, weil sie gezielt als Schlag- und vage Modewörter verwendbar sind, weil sie (auch) Bestandteile fachsprachlicher Vokabularien sind oder weil an ihre Verwendung bestimmte Prestigeansprüche geknüpft sein können.

Das Lexikon enthält die Wortschatzbereiche: »Politik und Ideologie«, »Umwelt« und »Kultur und Bildung«, mit denen drei zentrale Themenbereiche der kommunikativen Auseinandersetzung in unserer Gesellschaft erfaßt sind. Wie mit solchen Wörtern – besonders in den achtziger Jahren – über solche Themen geredet wird, soll in diesem Lexikon gezeigt werden: es sind die jeweils für einen Wortschatzbereiche charakteristischen Wörter aufgenommen worden, d.h., die Stichwortauswahl ist exemplarisch, hinsichtlich der Erfassung und Darstellung der verschiedenen Merkmale brisanter Wörter ist das Lexikon hingegen einigermaßen umfassend: mit der relativ geringen Anzahl von ca. 200 Stichwörtern sind, zusammen mit ca. 1000 zusätzlich in den Wortartikeln mit erklärten Wörtern, die im Gesamtregister verzeichnet sind, die jeweiligen Besonderheiten brisanter Wörter in den drei Wortschatzbereichen erschöpfend beschrieben.

Exemplarisch ist das Lexikon auch in einer anderen Hinsicht: es ist außer an sprachinteressierte Laien, Journalisten, Politiker, Lehrer oder Juristen und an Germanisten und Linguisten auch an Wörterbuchmacher gerichtet, in der Hoffnung, daß es dazu beitragen möge, die Konzepte und Darstellungsweisen herkömmlicher Wörterbucharbeit neu zu überdenken und – was noch wünschenswerter wäre – verbessernd zu ändern.

»Ein Flickenteppich gegen die Eiseskälte«

Anglisten, Romanisten und Germanisten trafen sich in Bonn

Historische Parallelen

Es mag wie eine nostalgische Reminiszenz erscheinen, wenn man daran erinnert, daß die Frage nach dem gesellschaftlichen Ort der Sprach- und Literaturwissenschaften, nach ihrer Nützlichkeit oder ihrer gesellschaftlichen »Relevanz« (oder, wie man heute vielleicht sagt, nach ihrer »Akzeptanz«) nicht neu ist. Es ist gut 20 Jahre her, daß die Studentenbewegung der sechziger Jahre an der »gesellschaftlichen Relevanz« der traditionellen Lehrinhalte und -formen gerade auch der Geisteswissenschaften zu zweifeln begann.

Während sich die Großmeister der Zunft noch bemühten, die inneren Strukturen des sprachlichen Kunstwerks textimmanent auszuloten oder den Zeichencharakter von Sprache als »innere Form«, als strukturelles oder als generativ-algorithmisches System zu ergründen, begann es Mitte der sechziger Jahre in den Hörsälen zu rumoren.

Die große Politik war nur die eine Seite des Protests. Auf der anderen Seite standen die Fächer selbst zur Diskussion (nicht zur Disposition!), die Inhalte der Forschung und der Lehre, die methodischen Grundlagen des Faches. Die bohrende Frage nach der »gesellschaftlichen Relevanz« geisteswissenschaftlichen Tuns und dem unterschiedlichen Erkenntnisinteresse der Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften war eine selbst- und gesellschaftskritische Frage zugleich. Sie betraf das je eigene Tun; sie galt dem zu lernenden Stoff und seiner Nützlichkeit, sie galt den kulturellen, sozialen und kommunikativen Bedürfnissen einer Wohlstandsgesellschaft, die zwischen »wirklichen« und Scheinbedürfnissen zu unterscheiden verlernt zu haben schien.

Keine bloße »Akzeptanzwissenschaft«

In den späten 80er Jahren scheinen die Geisteswissenschaften oder enger: die Sprach- und Literaturwissenschaften nicht nur zur *Diskussion,* sondern – zumindest an einigen Hochschulorten – zur *Disposition* zu stehen. Bestimmt deshalb heute die Angst, für überflüssig gehalten zu werden, die neue Sinnsuche in den – um ein Reizwort zu nennen – »Diskussionswissenschaften«, die sich in der postindustriellen Gesellschaft, im »Informationszeitalter«, in die Rolle von »Akzeptanzwissenschaften« gedrängt sehen?

Daß man diese Aufgabenzuschreibung von den zum ersten gemeinsamen Kongreß von Anglisten, Romanisten und Germanisten, der vom 8.–10. März in Bonn stattfand, geladenen »Festrednern« aus der Politik erneut zu hören bekam, brauchte niemanden zu überraschen. So stand es vorsorglich gleich im Programmheft der AnGeRo-Tagung: die Veranstalter – die drei großen Berufsverbände »Verband deutscher Anglisten«, der »Deutsche Germanistenverband« und der »Deutsche Romanistenverband« – betrachteten ihre Fächer weder als »Akzeptanz-« noch als »Kompensationswissenschaften«. »Vielmehr sehen sie in den Philologien einen gesellschaftlich institutionalisierten Ort, an dem Kenntnisse über die kulturspezifischen Voraussetzungen menschlichen Handelns und Verhaltens methodisch gewonnen und systematisch vermittelt werden.«

Zweifellos gibt es für die Sprach- und Literaturwissenschaften auch im »Informationszeitalter« (ein Begriff, der genau das schon voraussetzt, was es erst zu ermitteln gälte: ob unsere heutige Gesellschaft mit diesem Begriff überhaupt angemessen charakterisiert ist) Arbeit genug.

Große neue Themen für unsere Fächer gewannen in den drei Grundsatzreferaten »Sprache«, »Literatur« und »Kultur« jedoch noch keine deutlichen Konturen. Am ehesten spürte man ein wenig frischen Wind in einigen Sektionen: »Medienwissenschaft, »Erwachsenenbildung und berufliche Weiterbildung«, »Computerlinguistik«, »Literarisches Übersetzen«, »Frauenfragen als Thema der Kulturwissenschaft«, »Die Bedeutung der Lexikographie in der Informationsgesellschaft«, »Die Rolle sprachlicher und literarischer Bildung in der Informationsgesellschaft« und schließlich »Neue Studiengänge«.

Zu wenig pointiert

»Sprache – Literatur – Kultur in der Informationsgesellschaft« – die drei Grundsatzreferate von E. Lämmert (Berlin) zur Literatur, von W. Raible (Freiburg) zur Sprache und von W. Erzgräber (Freiburg) zur Kultur gaben sich zwar nicht resignativ, doch das Zukunftsbild, das Anglisten, Romanisten und Germanisten von ihren Fächern entwarfen, wurde – auch in den Medien – als zu wenig pointiert empfunden.

So hätte man Lothar Späth fast rechtgeben mögen, wenn er herausfordernd fragte, wo denn die großen »architektonischen« Zukunfts- und Gegenentwürfe seien, aufgrund derer den Geisteswissenschaften jener gesellschaftliche Stellenwert zukommen könne, den sie für sich doch beanspruchten.

Qualität und Quantität

Spätestens an dieser Stelle bekam auch Späth genau das zu hören, was man am Vormittag bereits Johannes Rau entgegengehalten hatte. Wo sollten jene großen Entwürfe denn entstehen, wenn junge Wissenschaftler einen großen Teil ihrer Zeit darauf verwenden müßten, von einer Zeitstelle zur nächsten zu hangeln, das eine Projekt für die Vorbereitung des nächsten Projektantrags – unter ständigem existentiellem Druck – zu nutzen. Rau freilich meinte es besser zu wissen: »Die Qualität der Forschung hängt nicht ab von der Quantität der Planstellen«.

Ein Fünkchen Wahrheit ist an alledem, nur hat man so etwas für die Natur- und Technikwissenschaften bislang kaum zu behaupten gewagt, wo doch zur Ausstattung eines Philologen kaum mehr als Papier und Bleistift, eine gute Bibliothek und inzwischen wohl auch ein ordentliches Textverarbeitungssystem gehören.

Übersetzer und Vermittler

Das Verhältnis von Natur- und Geisteswissenschaften neu zu bestimmen, bedeutete freilich nicht, buchhalterisch ihre Etats miteinander zu vergleichen. Aber etwas konkreter hätte man schon werden können, auch bei programmatischen Äußerungen wie der, Aufgabe der Geisteswissenschaften sei nicht die Technikfolgenabschätzung und -kompensation, sondern die Technikgestaltung. Sicherlich sind damit nicht Probleme des Industriedesigns schlechthin gemeint, sondern vielleicht so etwas wie ein »Kommunikationsdesign«, das Bausteine für die sprachgeleitete Wissensvermittlung, für den »Transfer« und die adressatengerechte »Transformation« von Wissen liefern könnte. Von hier einschlägigen linguistischen Untersuchungen, praxisorientierten Projekten und Zusatzstudiengängen war allerdings viel zu wenig zu hören.

Eine qualitativ neue Vermittlungsaufgabe sah Eberhard Lämmert auch

für den in der Methodik des Textverstehens geschulten Literaturwissenschaftler. Ansätze zu einer »interkulturellen Philologie« hätten einer »Notlage« entgegenzuwirken, »die erst im Entstehen begriffen ist und die sich unter der teils gemütvollen, teils auch aggressiven Suche nach einer Restitution nationaler Identität heute noch verbirgt«. Um des künftigen Zusammenlebens und Überlebens willen müsse das Verhältnis zwischen Eigenem und Fremdem neu zur Debatte stehen. Übersetzer werden dringender gebraucht »als neue Grenzbefestigungen oder Sicherheitszäune um Ausländerquartiere«.

Übersetzer und Vermittler braucht es allerorten: Zwischen Geist und Technik, zwischen den nationalen Kulturen, zwischen den Wissenschaften, aber auch zwischen den Menschen einer Muttersprache, die doch noch nie eine allgemeine unbegrenzte Verständigung ermöglicht hat, weil sich in ihr bereits kulturelle und sprachliche Vielfalt dokumentiert. Die Vielfalt des »Anders-Sprechens«, wie es der Romanist und Linguist Wolfgang Raible nannte, der regionalen Mundarten, der Gruppen- und Fachsprachen, die »innere Mehrsprachigkeit« ist es, die uns auf ein neues Ideal sprachlicher Bildung hoffen läßt, das »selbstverständlich die Mehrsprachigkeit des Menschen zum Ausgangspunkt nimmt«, das »die Konfrontation ebenso wie die Variation der Sprachen als Reichtum und nicht als Bedrohung versteht und der kulturellen Verachtung und Vernichtung »der Anderen« ein Ende macht: ein Flickenteppich gegen die Eiseskälte« (W. Herrlitz, Utrecht) – so ließe sich wohl »die Rolle sprachlicher und literarischer Bildung in der Informationsgesellschaft« (Sektionstitel) angemessen umschreiben.

Bernd Ulrich Biere

Aus dem Inhalt

Das Volk und die Ausländer
von Wolfgang Teubert S. 1

Mediation
von Wolfgang Klein S. 5

»Vom Nutzen des Wassers«
von Otto Ludwig S. 7

Orthographie
von Helmut Glück S. 11

Zum Tode von Hugo Mosers
von Heinz Rupp S. 13

Sprache–Literatur–Kultur
von Bernd Ulrich Biere S. 15

Der Zustand der Gegenwartssprache

Jahrestagung des Instituts für deutsche Sprache

Erwartungsgemäß war das Interesse der Öffentlichkeit und der Medien an der Jahrestagung 1989 des Instituts für deutsche Sprache (21. 2.–23. 2. 89) größer als in den letzten Jahren. Dies mag drei Gründe haben: Erstens war das IDS im Herbst 1988 mit den »Vorschlägen zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung« bereits in die Schlagzeilen gerückt. Zweitens war mit dem 25jährigen Jubiläum des IDS ein besonderer Anlaß gegeben. Drittens war das Thema der Jahrestagung von besonderem Interesse für eine Öffentlichkeit, die, wie mir scheint, zunehmend sprachsensibel und sprachkritisch geworden ist.

Vielleicht mag sich mancher Apologet des »Sprach«- und »Kulturverfalls« von den Tagungsbeiträgen auch Wasser auf seine Mühlen erhofft haben. Eine Hoffnung, die sich vor allem wohl an den Themenbereichen »Sprache in der Politik« und »Sprache im Fernsehen«, am Vortrag von Horst Sitta zum »Sprachstand von Gymnasialabsolventen und Studenten« oder an dem von Alois Brandstetter über »Qualitätsverlust und -konstanz in der Sprache« festgemacht haben dürfte.

Zu einem regelrechten Pressewirbel führte denn auch die AP-Meldung, die die Thesen von Erich Straßner zur Sprache im Fernsehen kolportierte, noch bevor die Podiumsdiskussion zu diesem Thema stattgefunden hatte. Der »Angriff« auf der deutschen Fernsehzuschauer liebste Kinder, auf die »Showmaster«, ebenso wie der »Angriff« auf die Sprache geliebt-ungeliebter bundesdeutscher Politiker konnte der öffentlichen Aufmerksamkeit gewiß sein. Nur war dies keine Bestätigung des Vorurteils vom »Verfall« der deutschen Sprache als solcher, sondern eine differenzierte Kritik des Sprachverhaltens bestimmter sozialer Gruppen. Solche »Äußerungskritik« im konkreten Fall ist wohl sinnvoller als unisono in den Chor einzustimmen, es stehe schlimm um die deutsche Sprache.

So ergab sich besonders nach den Analysen des Verhältnisses von Standardsprache und Mundarten in den deutschsprachigen Staaten am zweiten Tagungstag und nach den Vorträgen von Horst Sitta (Zürich), Alois Brandstetter (Klagenfurt) und Leslie Seiffert (Oxford) am dritten Tag das differenzierte Bild einer lebendigen, weil innersprachlich vielfältigen, nicht »monolithischen« deutschen Sprache. (Spricht nicht auch der öffentliche Streit um »brisante« Wörter eher für die Lebendigkeit des Mediums Sprache als für dessen »Verfall«?)

Auch das Sprachvermögen von Gymnasialabsolventen und Studenten – so berichtete Horst Sitta aus einer Züricher Untersuchung – habe gegenüber früher nicht nachgelassen. Wenn man etwa auf die zunehmenden Rechtschreibfehler hinweist, so muß man bedenken, daß die Schulaufsätze auch länger geworden sind, also viel mehr Wörter und damit mehr Möglichkeiten des Fehlermachens enthalten.

Richtig ist, daß die Sprachkompetenz vieler Menschen heute oft nicht mehr ausreicht, um allen kommunikativen Anforderungen in einer immer komplizierter werdenden Gesellschaft gerecht werden zu können. Hier ist sicherlich auch für den Bereich der Sprache zu fordern, was für andere Lern- und Lebensbereiche längst akzeptiert ist: Lernen – und eben auch sprachliches Lernen – ist nicht mehr auf eine bestimmte Phase des Lebens zu begrenzen, sondern als lebenslanges Lernen zu verstehen.

Hilfreicher als das fast immer unbegründete Lamento, früher sei alles – und eben auch die Sprache – besser gewesen, wäre wohl eine eingehendere linguistische Untersuchung der Verständigungsprobleme in einer immer unübersichtlicher werdenden Medienlandschaft, eine Analyse der sprachlichen Möglichkeiten der optimalen Übermittlung von Information und Vermittlung von Wissen ebenso wie der Möglichkeiten zur »zwischenmenschlichen« und interkulturellen Verständigung jenseits der elektronischen Informations- und Kommunikationstechnologien.

Die Zeit, in der sich Schüler mit den Klippen der Rechtschreibung herumschlagen müssen, könnte sinnvoller für die Entwicklung gesellschaftlich bedeutsamer kommunikativer Fähigkeiten sowie für die Erweiterung der Schreib- und Lesefähigkeiten genutzt werden. Zu lernen gibt es wahrlich genug.

Bernd Ulrich Biere